

UE Nachhaltige Stadtentwicklung

von Marianne Necker-Zeiher

1. Schule

Fritz-Karsen-Schule,
Onkel-Bräsig-Str. 76/78
12359 Berlin
Gesamtschule (Klassenstufe 0-13)

2. Bezug zum Curriculum und zu den Fächern

Die Unterrichtseinheit (=UE) wurde im Fach **Deutsch** (Fundamentum) der 11. Klasse durchgeführt, wäre aber auch als fächerübergreifende UE in den Fächern Deutsch und Politische Weltkunde realisierbar.

In Berlin wird in der 11. Klasse („Einführungsphase“ genannt) zwischen Fundamentum (Unterricht für alle SchülerInnen im Klassenverband) und Profil (Unterricht im Kurs als Vorbereitung auf den Leistungskurs Deutsch in 12/13, für diejenigen, die Deutsch als Leistungsfach wählen) unterschieden.

Im Rahmenplan werden folgende „Schwerpunkte“ für die Arbeit im DU gesetzt:

„(...) die mündliche und schriftliche Analyse von fiktionalen und nichtfiktionalen Texten (dabei Anwendung syntaktischer und semantischer Kompetenzen), Interpretation von Texten, Anwendung der Aufgabenart der Textanalyse,

Erörterung fiktionaler und nichtfiktionaler Texte, Anwendung und Vertiefung beider Formen der Problemerkörterung,

Einführung, Wiederholung und Systematisierung von Arbeitsmethoden und Arbeitstechniken: Strukturierung, Mitschrift, Gliederung, Protokoll, Zitattechnik, Anlegen von Karteien, Benutzung von Bibliotheken, Arbeit mit dem Computer (Textverarbeitung), Kurzreferat - Referat. (...)“¹

Darüber hinaus sind die „Teilbereiche“ *Sprachbetrachtung*, *Formen mündlicher und schriftlicher Kommunikation* und *Umgang mit Texten* vorgegeben.²

Die hier dokumentierte UE konzentriert sich auf nichtfiktionale Texte sowie auf Arbeitsmethoden und -techniken. Zusätzlich fließen die Bereiche *Formen mündlicher und schriftlicher Kommunikation* und damit auch der *Umgang mit Texten* in die Arbeit ein.

Es bieten sich auch vielfältige Anknüpfungspunkte zu fiktionalen Texten, von denen einige exemplarisch erwähnt werden.

3. Zielsetzung

Die UE hat zum Ziel, die im Rahmenplan gesetzten Vorgaben inhaltlich mit dem Thema **Nachhaltige Entwicklung**, insbesondere **Stadtentwicklung**, zu verknüpfen.

Sowohl die **Wiederholung und Übung von Textformen und Arbeitstechniken** als auch die Einführung der Terminologie sowie die Auseinandersetzung mit dem Bereich Nachhaltigkeit

¹ Rahmenplan, S.5

² a.a.O., S.5-7

sind vorbereitende Arbeitsschritte für eine sog. **Projektarbeit**, die von den SchülerInnen im letzten Drittel des Halbjahres als Facharbeit in Gruppen erstellt wird, in der also die inhaltlichen und methodischen Kenntnisse selbstständig angewandt werden müssen.

Daneben hat die UE das Ziel, die SchülerInnen mit dem **Konzept SOL** (Selbstorganisiertes Lernen) vertraut zu machen.

4. Organisationsform und Methode

Die UE umfasst ein Schulhalbjahr mit drei Wochenstunden Deutschunterricht (= DU).

Dokumentiert werden nicht die einzelnen Stunden, sondern der chronologische Ablauf. Je nach Vorkenntnissen und Leistungsstand der SchülerInnen wird die Erarbeitung der einzelnen Themen und Texte unterschiedlich viel Zeit in Anspruch nehmen.

Hinzu kommt, dass zum Zeitpunkt der Durchführung (1. Halbjahr 2002 / 03) der aktuelle Bezug zum Weltgipfel in Johannesburg gegeben war, was bei einer späteren Durchführung ggf. durch andere aktuelle Bezüge ersetzt werden müsste.

In der Verlaufstabelle im Materialteil wird Thema/Text/Arbeitsform bzw. Methodik angegeben. Grundsätzlich werden in jeder Stunde Inhalt und Methode (Übung von Textformen und von Arbeitstechniken) miteinander verbunden.

5. Materialteil

Die verwendeten Materialien sind nummeriert von 1- 31. Sie werden im Anschluss an die Tabelle kurz erläutert. Einige ausgewählte Arbeitsblätter, Aufgabenstellungen und Materialien sind darüber hinaus im Anhang zu finden.

6. Literatur

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Das Jo'burg Memo. Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung. Berlin 2002

Schlutz, Erhard: Schreibübungen für die Oberstufe zum regelgerechten Verfassen verständlicher Texte. Leipzig etc. 1994 (Klett)

Brenner, G. / **Schurf**, B. (Hrsg.): Arbeitsheft „Die Facharbeit: Von der Planung zur Präsentation“. Berlin 2002 (Cornelsen)

Geißler, Peter (Hrsg.): Berlin ist ein Gedicht. Ffm 2001 (Fischer-Tb 15433)

Speier, Michael (Hrsg.): Berlin mit deinen frechen Feuern. 100 Berlin-Gedichte. Stuttgart 1997 (reclam 9640)

Verlaufstabelle der UE: Nachhaltige Stadtentwicklung

Abk.: AB – Arbeitsblatt
 UG – Unterrichtsgespräch
 GA – Gruppenarbeit
 PA – Partnerarbeit
 EA – Einzelarbeit

Thema	Text/ AB Nr.	Ziel	Arbeitsform
Rahmenplan	AB 1	Information über Themen und Ziele	UG
Textbearbeitung	AB 2	Wiederholung Arbeitstechnik	Lektüre, UG
Nachhaltigkeit	Zeitungsbericht AB 3	Einführung Thema, Wiederholung Textform	Lektüre, Begriffsklärung, Schriftl. Zusammenfassung, UG
Bericht	AB 4	Bericht, Übung Textzusammenfassung.	
Vertiefung Thema Nachhaltigkeit	Sachtexte aus der Broschüre „Das Jo'burg Memo“	Differenzierte Information zum aktuellen Stand, Textanalyse Sachtexte	Arbeitsteilige GA: Lektüre und Zusammenfassung ausgewählter Artikel aus der Broschüre, Kurzvortrag, Diskussion
Erarbeitung von Sachtexten	AB 5		
Fachbegriffe Einf. SOL	Karten AB 6	Klärung und Definition von Begriffen	Kartenmemory, Sortieraufgabe, Dreiergespräch
Stadt Protokoll	Lexikonartikel AB 7 AB 8, AB 9	Analyse Begriffsdefinition, Wiederholung Textform	UG Verfassen von Stundenprotokollen (ab da von jeder Std.)
Nachhaltige Stadtentwicklung SOL (Gruppenpuzzle)	AB 10, AB 11, AB 12, AB 13 und Texte	Texte selbstständig erarbeiten, Informationen zum Thema vermitteln und aufnehmen	Erarbeitung und Vermittlung in Experten- und Stammgruppen
Vertiefung Thema Einübung SOL	Karten AB 14	Klärung und Definition von Begriffen	Kartenmemory, Sortieraufgabe, Dreiergespräch
Szenarien möglicher Stadtentwicklung, Diskussion	Zeitungsartikel AB 15 AB 16	Entwicklungsperspektiven diskutieren Kommunikationsform Diskussion, Aufgaben der Diskussionsleitung wiederholen und üben	Lektüre, Textzusammenfassung, mündl. Stellungnahme, Diskussion
Schwerpunkte nachhaltiger Stadtentwicklung	AB 17	Übertragen auf Berlin: Transfer des Gelernten auf eigene Umgebung	Brainstorming, mindmap, GA,
Vorstellungen über	Zeitungsartikel	Begründetes Bewerten	Lektüre, Textzu-

die ideale Stadt	AB 18	von Meinungen zum Thema	sammenfassung, schriftliche Stellungnahme
Klausur	AB 19, AB 20	Überprüfung	Textzusammenfassung und Stellungnahme
Projektarbeit (Nachhaltige) <i>Stadtentwicklung in Berlin</i>	AB 21, AB 22, AB 23	Klarheit über Aufgabenstellung und Anforderungen, selbstständige Gruppen- und Themenfindung	UG, GA, Beratungsgespräche
<i>Erarbeiten und Erforschen des Projektthemas in GA in und außerhalb des Unterrichts Dabei Anwendung der zuvor bzw. parallel erlernten Arbeitstechniken.</i>			
Bibliotheksbesuch		Einführung in Funktion und Nutzung einer wiss. Bibliothek	Vortrag, Führung, Literaturrecherche in Gruppen zum Thema der Projektarbeit
Arbeitstechnik Zitieren	„Schreibübungen für die Oberstufe“, AB 24	Korrektes Zitieren und Textwiedergabe üben	Übungen in EA- und GA
Arbeitstechnik Quellenverzeichnis	AB 25	Anlegen eines Quellenverzeichnisses üben	Einzelarbeit: Zitieren und Angabe von Quellen zum jeweiligen eigenen Projektthema, Vorstellen vor der Klasse (Folie)
Stadtentwicklung Berlin Textsorte Interview	Interview zum Thema (AB 26) AB 27	Aktuelle Positionen zum Thema, Form und Aufbau eines Interviews kennen	UG, Textanalyse, Partnerinterviews zum Thema
Literaturreise Facharbeit	AB 28 Ausgewählte Teile aus dem Arbeitsheft „Die Facharbeit: Von der Planung zur Präsentation“	Eigene Texte verfassen Arbeitsschritte für Planung, Gliederung und Realisierung einer Facharbeit kennen und üben	Internet Lektüre und Übungen in EA und GA
Präsentation	AB 29, 30	Präsentationsformen kennen und üben	UG, GA, Vorstellen der Präsentationstechniken in Form einer Mindmap
Großstadtlyrik	Berlin-Gedichte		EA, PA, GA: Gedichte analysieren, umschreiben, selbst verfassen
Präsentation der Projektarbeiten			

Selbstbewertung der GA	AB 31	Selbstbewertung kennen lernen und üben	GA
Vergleich Selbst-/ Fremdbewertung	AB 31, Gutachten zu Projektarbeiten	Reflexion Bewertung	GA, UG

Erläuterungen zu den einzelnen Arbeitsblättern, Materialien und Aufgabenstellungen

Hinweis:

Die ausgewählten und im Folgenden **hervorgehobenen** Arbeitsblätter, Materialien und Aufgabenstellungen sollen exemplarisch die Vielfalt der Inhalte und Methoden aufzeigen, die sich für die Bearbeitung des komplexen Themas „Nachhaltige Stadt“ anbieten.

- AB 1: Vorläufiger Rahmenplan für Unterricht und Erziehung in der Berliner Schule. E-Phase der gymnasialen Oberstufe – Fach Deutsch. Schuljahr 97/98, S. 5.
- AB 2: Arbeitsblatt zum Thema „Texte lesen und bearbeiten“**
- AB 3: Dehmer, Dagmar: „Die Welt ist aus den Fugen“. Aus: Der Tagesspiegel, 12. August 2002, S. 2. (Zeitungsartikel über den Weltgipfel der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 und den Nachfolgegipfel der Rio-Konferenz in Johannesburg 2002.)
- AB 4: Arbeitsblatt zum Thema „Der Bericht“, zusammengestellt nach: Wernicke, Uta: Sprachwissen. Hamburg 1974, S. 24/29.**
- AB 5: Arbeitsblatt zum Thema „Umgang mit Sachtexten“**
- AB 6: Karten mit Begriffen wie: Klimawandel, Agenda 21, OPEC, Biodiversität, Kyoto-Protokoll, NGO**
- AB 7: Lexikonartikel zum Stichwort „Stadt“. Aus: dtv-Lexikon in 20 Bänden. Band 17: Sie-Suc. München 1990, S. 209-210.
- AB 8: Arbeitsblatt zum Thema: „Wie verfasse ich ein Protokoll?“
- AB 9: Arbeitsblatt zum Thema „Protokollieren“
- AB 10 Arbeitsaufträge für die Expertengruppe A**
- AB 11 Arbeitsaufträge für die Expertengruppe B**
- AB 12 Arbeitsaufträge für die Expertengruppe C**
- AB 13 Arbeitsaufträge für die Expertengruppe D**
- AB 14: Puzzle mit Begriffen wie: Infrastruktur, Humankapital, primäre Bedürfnisse, Öko-Audit, verdichtetes Bauen**
- AB 15: Distelhorst, Lars: „Die urbane Welt im Jahr 2025“. Aus: Zeitschrift „21“, Heft 3, Juli 2002, S. 52-55.**
- AB 16: Arbeitsblatt zum Thema „Diskussion“. (Zusammengestellt nach: Elertsen, H.: Moderne Rhetorik, S. 67 und Conrad, H.: Aktive Lernmethoden. Industrie Verlag. Heidelberg 1971. S. 19.)
- AB 17: Fingerhuth, Carl: „Über unsere Träume von der besseren Stadt“. Aus: Zeitschrift „21“, Heft 3, Juli 2002, S. 55-58.**
- AB 18: Arbeitsanleitung zum Thema „kritische Auseinandersetzung mit einer Meinung“. (Stellungnahmen werden nicht nur abgegeben zu Sachverhalten im Sinne von Tatbeständen, sondern auch zu bereits vorliegenden Wertungen von Sachverhalten, d.h. zu Meinungen. Die Arbeitsanleitung bietet einen Katalog verschiedener Aspekte, die bei der Bewertung und Stellungnahme zu einer Meinung als Analyseinstrumente dienen können.)
- AB 19: Klausur: Text: „Ein mehrdimensionales Leitbild“. Aus: Der regierende Bürgermeister von Berlin (Hrsg.): Die BerlinStudie: Strategien für die Stadt. Berlin 2000, S. 23-27. (Textzusammenfassung und Stellungnahme)**
- AB 20: Besprechung der Klausur**
- AB 21: Aufgabenstellung für die Projektarbeit**
- AB 22: Tipps für die Projektarbeit**

AB 23: Bewertung Projektarbeit

AB 24: Arbeitsblatt zum Thema „Sprachliche Besonderheiten der Textwiedergabe“. Merk- und Arbeitsblatt zum Konjunktiv der indirekten Rede und sprachlichen Ersatzformen.

AB 25: Arbeitsblatt zum Thema „Quellenverzeichnis – Abkürzungen / Quellen- und Literaturverzeichnis“

AB 26: Interview und Gespräch zwischen Strieder und Stölzl: „Kann Berlin noch Staat machen? SPD-Chef Peter Strieder und CDU-Chef Christoph Stölzl streiten um die besten Ideen für ihre Hauptstadt der Zukunft.“ Aus: Der Tagesspiegel, 2. November 2002. Alternativ bietet sich auch die Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Klaus Wowereit auf dem Umweltforum in Mexiko-Stadt vom 15. Oktober 2003 an. Nachzulesen unter:

<http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2003/10/15/15683/index.html>

AB 27: Arbeitsblatt mit Arbeitshinweisen zur Vorbereitung und Durchführung von Interviews.

AB 28: Internet-Literaturreise

AB 29: Arbeitsblatt mit Hinweisen und Anforderungen an die Präsentation einer Facharbeit“. Auszüge und Abbildungen aus: Brenner, G.: Über den Umgang mit Informationen. Arten der Präsentation. In: Deutsch Extra. Frühling/Sommer 2002. Cornelsen-Verlag.

AB 30: Arbeitsblatt zum Erarbeiten und Bearbeiten mit Hilfe von der Methode „Mind-Map“

AB 31: Hinweise zur Selbstevaluation und eigenen Bewertung der Gruppenarbeit

Arbeitsblätter, Materialien und Aufgabenstellungen

AB 2: Arbeitsblatt zum Thema „Texte lesen und bearbeiten“

Arbeitsblatt

Texte lesen und bearbeiten



Lesen

- Erstes Lesen zur reinen Textaufnahme ohne Unterstreichungen u. Ä. zur groben Information mit dem Ziel, zusammenfassend sagen zu können: »Es geht um...«
- Zweites Lesen – mit dem Bleistift markieren:
 - alles zunächst Unverstandene,
 - Fragwürdiges (verstanden, aber nicht gebilligt),
 - Auffälliges, Überraschendes,
 - Fremdwörter, Fachbegriffe,
 - ungewöhnliche Begriffsverwendungen.

Leseprotokoll: Notieren Sie alles, was Ihnen beim (wiederholten) Lesen einfällt: Gegenthesen, Einwände, verwandte Begriffe, Gegenbegriffe, Beispiele ...



Textbearbeitung

- Fremdwörter, Fachbegriffe etc. im Wörterbuch nachschlagen, Einsatzprobe in den Kontext machen

Erklärungen an den Rand schreiben

- Text gliedern:
 - graphische Gliederung (Absätze, Zwischenüberschriften, Kapitel-Einteilungen, Hervorhebungen, z. B. durch Kursivdruck)
 - inhaltliche Feingliederung (Teilaspekte eines Absatzes), auf Überleitungsflöskeln achten (»Wir kommen nun...«, »Daraus folgt...«), Konjunktionen (kausal, konditional etc.), Satzverbindungen, Wiederholungen, Rückverweise (»Wie wir oben gesehen haben...«)

Überschriften an den Rand schreiben

- Schlüsselbegriffe markieren (treten wiederholt auf, werden eingehend erklärt), prägnante Formulierungen als Zusammenfassung eines Gedankengangs

Schlüsselbegriffe in Rot markieren

- Kernthesen/Aussagekern herausuchen (oft um Schlüsselbegriffe herum, Ausgangspunkt einer Argumentation, die im Folgenden genauer entfaltet wird oder Endpunkt und Zusammenfassung einer Argumentation), Rot markieren
- Argumentationsaufbau, Verknüpfung der Argumente (logische Abfolge: auf sprachliche Signale achten wie »daraus folgt«, »unter der Bedingung, dass« u. Ä.)



Textzusammenfassung

- Argumentationsplan skizzieren (auf Extrablatt schematisch darstellen)
- Schlüsselbegriffe und Kernthesen im Wortlaut eintragen
- Eigene Einwände etc. zuordnen
- Hinterfragen der Argumentation, Überprüfung der Argumentationslogik (z. B.: Stimmt die Voraussetzung?), Denkalternativen (z. B. andere Voraussetzungen, Folgerungen) einbringen

AB 4: Arbeitsblatt zum Thema „Der Bericht“

Der Aufbau eines Berichtes ist zweckbestimmt. Er geht entweder chronologisch vor oder stellt das Wesentliche an den Anfang. Er ist ohne Anspruch auf dramatische oder andere künstlerische Wirkungswesen.

In einem Bericht werden Einzelinformationen so verknüpft, daß der Leser oder Hörer ein Bild von dem Sachverhalt bekommt. Allerdings haben Informationen für sich gesehen häufig nur einen begrenzten Informationswert. Dieser ist erst dann gegeben, wenn der Empfänger der Information entweder aufgrund seines Vorverständnisses in der Lage ist, die Information in einen Zusammenhang einzuordnen, oder durch zusätzliche Hintergrundinformationen dazu befähigt wird.

Die persönliche Wertung des Sachverhaltes durch den Berichtersteller sollte unterbleiben. Allerdings ist grundsätzlich nicht auszuschließen, daß auch die scheinbar nur sachbezogene Darstellung allein durch die Zusammenstellung und Auswahl der Einzelinformationen Tendenzen ausdrücken kann. Der Leser hat auf jeden Fall einen Anspruch zu erfahren, woher die Information des Berichterstellers stammt.

Entsprechend dem Zweck der sachlich zuverlässigen Information werden die Aussageweisen angewendet: Der Indikativ zeigt an, daß es sich um gesicherte Aussagen handelt, wohingegen der Konjunktiv auf einen Zweifel hinsichtlich der Glaubwürdigkeit hinweist. Durch die Verwendung der Modalverben sollen, wollen und mögen kann der Konjunktiv ersetzt werden, denn diese Hilfsverben sind in der Lage, für den Leser ebenso deutlich wie der Konjunktiv die Unverbürgtheit eines Sachverhaltes auszudrücken. Die Verwendung der verschiedenen Zeitstufen dient der logischen Gliederung des Ereignisses und gibt dem Leser die Möglichkeit, die Zuverlässigkeit einer Information zu bewerten.

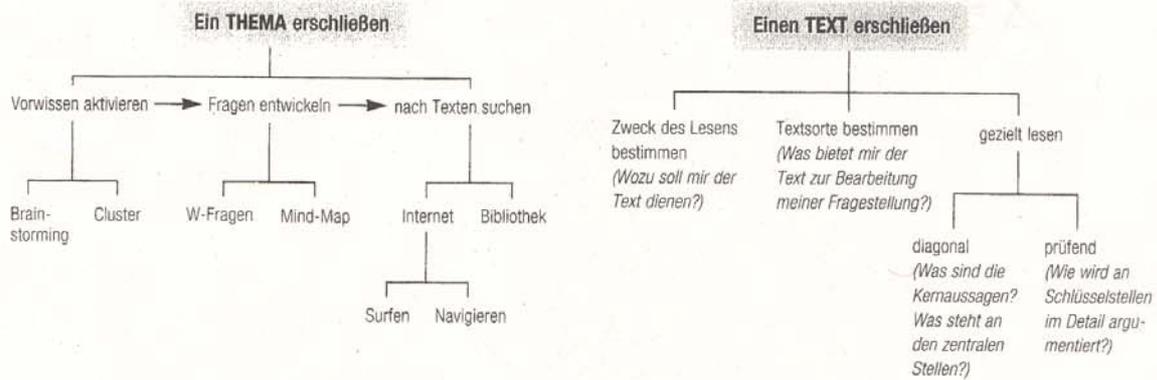
Die gleichmäßige Verwendung der indirekten Rede macht einen Bericht leicht monoton und stellt an die Aufmerksamkeit des Lesers deshalb erhöhte Anforderungen. Der Bericht über eine Rede bzw. einen Vortrag kann abwechslungsreicher und sachlich genauer gestaltet werden, indem der Konjunktiv von Sachaussagen im Indikativ abgelöst wird. Die Verwendung der direkten Rede zur Wiedergabe wesentlicher Formulierungen trägt ebenfalls zur Auflockerung des Textes bei und erhöht seinen Informationswert für den Leser.

Absätze erhöhen die Übersichtlichkeit eines Textes. Zusammenfassende Bemerkungen vor der Erwähnung von Details erleichtern dem Leser ebenfalls das Verständnis.

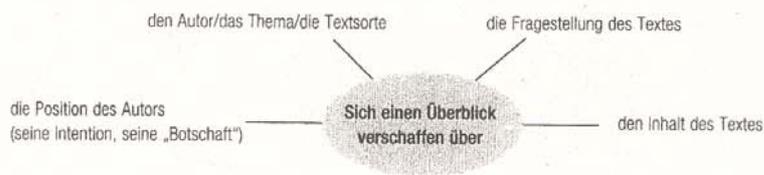
(nach: Wernicke, Uta: Sprachwissen. Hamburg 1974, S. 24/29.)

AB 5: Arbeitsblatt zum Thema „Umgang mit Sachtexten“

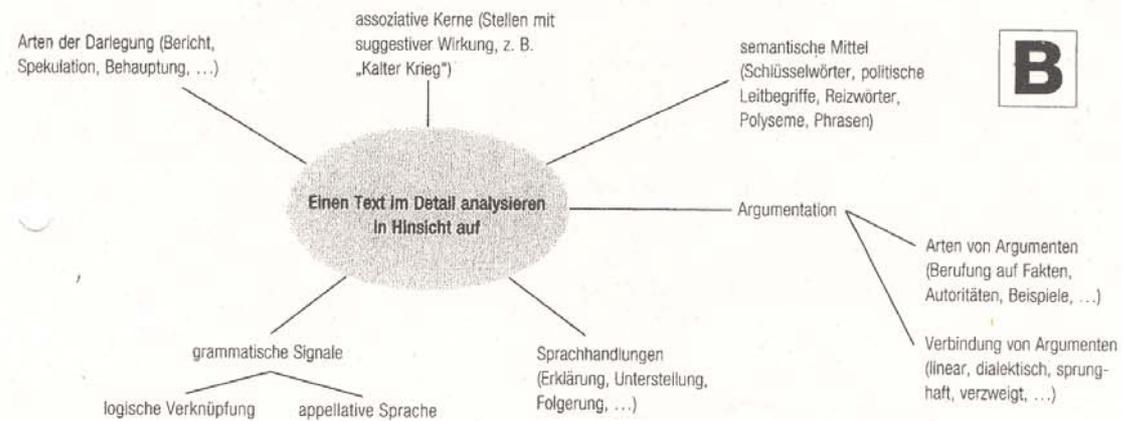
ARBEITSBLATT: UMGANG MIT SACHTEXTEN



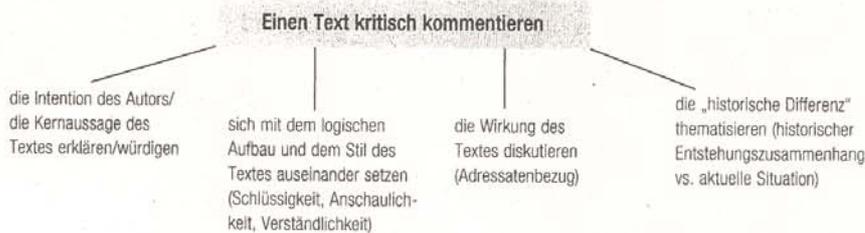
Argumentative Texte und (politische) Reden analysieren



A



B



AB 6: Karten mit Begriffen wie: Klimawandel, Agenda 21, OPEC, Biodiversität, Kyoto-Protokoll, NGO

Klimawandel	world summit	sustainability
Ökologie	NGO	Technologiefolgenabschätzung
Ökonomie	Typ-1-Vereinbarungen	0
Agenda 21	Typ-2-Vereinbarungen	0
erneuerbare Enegien	Kyoto-Protokoll	0
OPEC	Infrastruktur	0
nachhaltige Entwicklung	Ressourcen	0
Biodiversität	0	0
	0	0
	0	0
0	0	

AB 10 **Arbeitsaufträge für die Expertengruppe A**

Arbeitsauftrag für die **Expertengruppen**

Beginn:
Geplantes Ende:

Zur Erarbeitung des Textes habt ihr insgesamt **45 Minuten** Zeit.

- Bestimmt eine(n) Zeitnehmer(in), der/ die auf das Einhalten der Zeitvorgabe achtet.
- Arbeitet zunächst *alleine*: Lest den Text, markiert Schlüsselwörter und notiert Fragen.
- Besprecht dann *in der Gruppe* den Text und klärt alle Fragen.
Erst wenn keine(r)der Expert(inn)en mehr weiter weiß, an die Lehrerin wenden!
- Erarbeitet den Inhalt eures Experten-Textes so, dass ihr ihn später korrekt und vollständig den Nicht-Expert(inn)en in eurer Stammgruppe vermitteln könnt.
- Denkt daran: in der Stammgruppe seid ihr der/ die Einzige, der/ die über dieses Thema Bescheid weiß!
- Die letzten 5 Minuten solltet ihr darauf verwenden, euch zu überlegen, in welcher Form ihr eurer Stammgruppe euer Thema präsentiert / vermittelt, und die Vorschläge dann in die Tat umsetzen.

EXPERTENGRUPPE A

Text: *Die Rolle der Städte und Metropolen für eine nachhaltige Entwicklung.*

Aus: Berlin 21. Umwelt- und entwicklungspolitische Bilanz. Berlin 1998. S.12-14

Ihr solltet herausarbeiten, warum gerade Städte so wichtige Orte sind, wenn es um nachhaltige Entwicklung geht.

AB 11 **Arbeitsaufträge für die Expertengruppe B**

Arbeitsauftrag für die **Expertengruppen**

Beginn:
Geplantes Ende:

Zur Erarbeitung des Textes habt ihr insgesamt **45 Minuten** Zeit.

- Bestimmt eine(n) Zeitnehmer(in), der/ die auf das Einhalten der Zeitvorgabe achtet.
- Arbeitet zunächst *alleine*: Lest den Text, markiert Schlüsselwörter und notiert Fragen.
- Besprecht dann *in der Gruppe* den Text und klärt alle Fragen.
Erst wenn keine(r)der Expert(inn)en mehr weiter weiß, an die Lehrerin wenden!
- Erarbeitet den Inhalt eures Experten-Textes so, dass ihr ihn später korrekt und vollständig den Nicht-Expert(inn)en in eurer Stammgruppe vermitteln könnt.
- Denkt daran: in der Stammgruppe seid ihr der/ die Einzige, der/ die über dieses Thema Bescheid weiß!
- Die letzten 5 Minuten solltet ihr darauf verwenden, euch zu überlegen, in welcher Form ihr eurer Stammgruppe euer Thema präsentiert / vermittelt, und die Vorschläge dann in die Tat umsetzen.

EXPERTENGRUPPE B

Text: *Leitbild für ein zukunftsfähiges Berlin...../ Ziele*

Aus: Zukunftsfähiges Berlin. Bericht der Enquetekommission „Zukunftsfähiges Berlin“ des Abgeordnetenhauses von Berlin-13. Wahlperiode.
Berlin 1999. S.54 - 58

Konzentriert euch auf die Ziele, die in diesem Text formuliert werden und arbeitet heraus, welche Vorschläge dabei für Berlin und Brandenburg gemacht werden.

AB 12 **Arbeitsaufträge für die Expertengruppe C**

Arbeitsauftrag für die **Expertengruppen**

Beginn:
Geplantes Ende:

Zur Erarbeitung des Textes habt ihr insgesamt **45 Minuten** Zeit.

- Bestimmt eine(n) Zeitnehmer(in), der/ die auf das Einhalten der Zeitvorgabe achtet.
 - Arbeitet zunächst *alleine*: Lest den Text, markiert Schlüsselwörter und notiert Fragen.
 - Besprecht dann *in der Gruppe* den Text und klärt alle Fragen.
Erst wenn keine(r)der Expert(inn)en mehr weiter weiß, an die Lehrerin wenden!
 - Erarbeitet den Inhalt eures Experten-Textes so, dass ihr ihn später korrekt und vollständig den Nicht-Expert(inn)en in eurer Stammgruppe vermitteln könnt.
 - Denkt daran: in der Stammgruppe seid ihr der/ die Einzige, der/ die über dieses Thema Bescheid weiß!
 - Die letzten 5 Minuten solltet ihr darauf verwenden, euch zu überlegen, in welcher Form ihr eurer Stammgruppe euer Thema präsentiert / vermittelt, und die Vorschläge dann in die Tat umsetzen.
-

EXPERTENGRUPPE C

Text: *Für eine lernfähige Infrastruktur / Stadt als Lebensraum*

Aus: Zukunftsfähiges Deutschland. Kurzfassung der Studie des Wuppertal Instituts. Bonn 1995. S.21/ 22

Stellt dar, wie Infrastruktur und Städte sich verändern müssen, wenn sie sich zukunftsfähig (= nachhaltig) entwickeln wollen.

AB 13 **Arbeitsaufträge für die Expertengruppe D**

Arbeitsauftrag für die **Expertengruppen**

Beginn:
Geplantes Ende:

Zur Erarbeitung des Textes habt ihr insgesamt **45 Minuten** Zeit.

- Bestimmt eine(n) Zeitnehmer(in), der/ die auf das Einhalten der Zeitvorgabe achtet.
- Arbeitet zunächst *alleine*: Lest den Text, markiert Schlüsselwörter und notiert Fragen.
- Besprecht dann *in der Gruppe* den Text und klärt alle Fragen.
Erst wenn keine(r)der Expert(inn)en mehr weiter weiß, an die Lehrerin wenden!
- Erarbeitet den Inhalt eures Experten-Textes so, dass ihr ihn später korrekt und vollständig den Nicht-Expert(inn)en in eurer Stammgruppe vermitteln könnt.
- Denkt daran: in der Stammgruppe seid ihr der/ die Einzige, der/ die über dieses Thema Bescheid weiß!
- Die letzten 5 Minuten solltet ihr darauf verwenden, euch zu überlegen, in welcher Form ihr eurer Stammgruppe euer Thema präsentiert / vermittelt, und die Vorschläge dann in die Tat umsetzen.

EXPERTENGRUPPE D

Text: *Nachhaltigkeit messen / Das Indikatorensystem.*

Aus: Leitfaden. Nachhaltigkeitsindikatoren im Rahmen der Lokalen Agenda 21.
o.O. 2000. S.8 - 12

Erklärt, wozu man Nachhaltigkeitsindikatoren braucht und veranschaulicht eure Erklärung mit Beispielen.

AB 14: Puzzle mit Begriffen wie: Infrastruktur, Humankapital, primäre Bedürfnisse, Öko-Audit, verdichtetes Bauen

Metropole	nachhaltige Stadtentwicklung	intergenerative Gerechtigkeit
Ressourcenverbrauch	Gestaltungsspielraum	Suffizienzziel
Mobilität	Kommunalverwaltung	dematerialisierte Infrastrukturpolitik
Infrastruktur	Quellenfunktion	Flächenrecycling
Lebensstil	Senkenfunktion	verdichtetes Bauen
Konsumverhalten	Regenerationsrate	Indikator
Zukunftsfähigkeit	anthropogene Einträge	Partizipation
global village	Tertiariesierung	Öko-Audit
NRO / NGO	Humankapital	primäre Bedürfnisse
Akteur	intragenerative Gerechtigkeit	sekundäre Bedürfnisse
0	0	

AB 15: Distelhorst, Lars: „Die urbane Welt im Jahr 2025“. Aus: Zeitschrift „21“, Heft 3, Juli 2002, S. 52-55.

Die urbane Welt im Jahr 2025

Von Lars Distelhorst nach einem Text von Ulrich Pfeiffer

Ein Blick auf die Städte der heutigen Welt ist faszinierend und beunruhigend zugleich. Auf der einen Seite sind sie Zentren der Entwicklung und auf der anderen Schauplätze des Elends. Immer wieder stellt sich angesichts dessen die Frage nach ihrer Zukunft. In seinem Buch „Urban 21“ hat Ulrich Pfeiffer anhand von drei Szenarien aufzuzeigen versucht, wie es im Jahr 2025 um die Städte bestellt sein könnte.

Das erste Zukunftsszenario ist vielleicht von allen dreien das schlimmste. Doch betrachtet man z.B. die Entwicklung und die Dynamik der Städte in Afrika, deren Einwohnerzahlen bereits jetzt mit beängstigender Geschwindigkeit wachsen und in nicht wenigen Fällen binnen der nächsten 20 Jahre explodieren werden, ist es als ernstzunehmende Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen.

Von informellem Wachstum geprägte Städte

Die demographische Entwicklung dieser Städte wird durch eine große Zahl junger Familien bestimmt. Diese haben in einigen Jahren vielleicht nicht mehr die Aufgabe, den alten Menschen das Leben zu ermöglichen, was im Ansatz auch durch eine verbesserte Sozialgesetzgebung realisiert werden kann, doch bleiben sie Problemen wie mangelndem Zugang zu Bildung und Schwangerschaftsvorsorge ausgesetzt. Auch in Zukunft wird es folglich nicht möglich sein, ausreichend Lebensmittel und Wohnraum für die immer zahlreicher nachrückenden neuen Generationen zur Verfügung zu haben.

Mangelnde Bildungsmöglichkeiten und ungenügende Verbreitung von Verhütungsmitteln sind ideale Voraussetzungen für die Ausbreitung von AIDS. Die Krankheit greift in einem Maße um sich, dass es zu einem Wettlauf der Entwicklungsländer um die kostengünstigsten Behandlungsmethoden kommt. Doch dieses verzweifelte Bemühen, den eigenen Tod einzuholen, ist nicht das einzige durch AIDS verursachte Problem. Die Krankheit zieht sich durch die Generationen. Neben aller Trauer schwächt das geringer werdende Angebot von Arbeitskräften die Wirtschaft und durch die Sozialausgaben für die vielen Waisenkinder den Staat.

Zwar ist es möglich, die Einbußen von Arbeitskräften bis zu einem gewissen Grad durch Zuwanderung und hohe Geburtenraten wieder aufzufangen, doch die niedrige Qualifikation der Menschen zieht – neben geringen Einkommenszuwächsen – vor allem eine Zuspitzung der sozialen Gegensätze nach sich. Die informelle Wirtschaft, in der sie sich ansiedeln, hat kaum Zugang zu Krediten oder Märkten und ist auf sich selbst gestellt.

Was bleibt ist die Armut und mit ihr das Fehlen einer funktionierenden Infrastruktur von Arbeitsplätzen, Wohnungen und Schulen. Vor allem die Lebensgrundlagen der jungen Menschen stehen auf dem Spiel und werden zu einem Problem, das alle anderen in den Hintergrund stellt. Diese Entwicklung macht sich vor allem bei den Frauen geltend, die kaum über Arbeitsmöglichkeiten verfügen und einen Anteil von über 30 Prozent der Bevölkerung mit geringem Einkommen ausmachen. Im informellen Arbeitssektor wird ums Überleben gekämpft und der formelle ist durch Unproduktivität gekennzeichnet. Damit ist den betroffenen Ländern fast jede Möglichkeit genommen, sich in größerem Maße an der Weltwirtschaft zu beteiligen.

Das Wachstum dieser Städte ist weder gesteuert noch kontrolliert. Ihre Ausbreitung hat keine wirtschaftliche Grundlage, ist von Armut und allgemeiner Not geprägt. Genehmigte Stadtgebiete verbreiten sich ebenso rasant wie ungenehmigte. Die Stadt ist zersplittert und inkohärent. Als Konsequenz steigen Kriminalität und Gewaltbereitschaft. Hinzu kommt das zunehmende Versagen der Infrastruktur; Wohnraum, Entsorgungsanlagen, Trinkwasser, Abfallbeseitigung – alles stößt angesichts des sich ständig erhöhenden Bedarfs an seine Grenzen. Wieder trifft es primär die Armen.

Vielleicht werden die älteren informellen Wohnsiedlungen, in denen sich ein eigenständiges, produzierendes Leben etabliert hat, in ihrer Rechtsposition gestärkt und durch Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und organisierte Selbsthilfe Verbesserungen erreicht, doch der Kampf ums Überleben hält an. In diesem Kontext ist ein verschwenderischer Umgang mit den Ressourcen meistens nicht zu vermeiden und den Bedürfnissen der kommenden Generationen kann keine Beachtung geschenkt werden. Die Armut verhindert eine Verkehrsexplosion, da niemand sich ein Auto oder die regelmäßige Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel leisten kann, jedoch um den Preis vieler Menschen, die Gefangene ihres eigenen Stadtviertels werden. Das Stadtbild, dem sie jeden Tag ausgesetzt sind, besteht aus chaotischen Aneinanderreihungen von kaum lebensfähigen Armutssiedlungen, die ständig am Rand der Katastrophe stehen. Auch jenseits dieser Siedlungen ist alles heterogen, zusammengewürfelt, durcheinander.

Die dynamisch wachsende Stadt

Dieses Szenario ist zwar nicht ganz so verheerend, wie das gerade beschriebene, doch wirft es ebenfalls bedenkliche Entwicklungsmöglichkeiten auf und kündigt sich nicht weniger als das erste in Städten der dritten Welt bereits in den Metropolen Lateinamerikas, der Karibik und Ostasiens an.

Es gibt viele junge Leute, aber trotzdem gehen die Geburtenraten mit zunehmender Verstädterung dramatisch zurück, weil Kinder weniger wirtschaftlichen Wert besitzen und die Menschen ein größeres Wissen über Verhütung haben. Die Abneigung, Familien zu gründen wird noch durch eine unverhältnismäßige Entwicklung der Einkommen im Verhältnis zu den Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten verschärft. Doch immerhin steigt die Qualität der Ausbildung und damit der Wert des humanen Kapitals. Dies wirkt sich positiv auf die Märkte aus, die von einem größer werdenden Anteil erwerbsfähiger Menschen an der Gesamtbevölkerung einen An Schub erhalten. Zwar wirkt sich diese Verschiebung in der Bevölkerungsverteilung wieder negativ auf die Gesellschaft aus, sobald die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen und ihr Unterhalt von einer vergleichsweise kleinen Zahl erwerbstätiger Menschen bestritten werden muss, doch nimmt dieses Problem keine gravierenden Ausmaße an, da der Anteil alter Menschen trotz allem relativ gering bleibt. Die Wirtschaft zeichnet sich durch eine funktionierende Nachbarschaft des formellen und informellen Sektors aus, wobei letzterer sich langsam formalisiert und aus seiner Randposition herausfindet. Der formelle Sektor muss sich jedoch mit dem Problem der Deindustrialisierung auseinandersetzen, weil Kapital in Städte mit niedrigeren Löhnen und Kosten abzieht.

Für die Menschen jedoch bleiben die Städte von großer Anziehungskraft. Beständige Zuwanderung schafft eine Dezentralisierung der Städte durch peripheres Wachstum, das von neuen formellen Siedlungen für die wohlhabenden Bevölkerungsschichten und informellen Siedlungen für die Armen geprägt ist. Mit der Zeit bilden sich durch diese Dynamik um die Megastädte verschiedene Ballungszentren mit einer möglichen Gesamteinwohnerzahl von 20 bis 30 Millionen Menschen. Sie sind arbeitsteilig organisiert. In den Zentren werden moderne Dienstleistungen angeboten, die Vororte sind vor allem durch Fertigungsbetriebe gekennzeichnet – mit der Gefahr zunehmender Polarisierung der Gesellschaft.

Hinzu kommt die Entwicklung des Wohnraums. Die informellen Siedlungen vermehren sich in ihrem absoluten Umfang, nicht selten sogar in ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Aufgrund der ohnehin bedenklichen Lage ihrer Einwohner entstehen sie an gefährlichen, auf Dauer ungeeigneten Orten, die von der sonstigen Infrastruktur abgeschnitten sind und eine Gefahr für die Gesundheit der Menschen darstellen.

Auch für die Umwelt sieht es beunruhigend aus. Die Entwicklung der Stadt und der Wirtschaft bringt steigende Einkommen mit sich, doch schaffen diese eine größere Nachfrage nach privaten Verkehrsmitteln und Räumlichkeiten, was sich wiederum in einem wachsenden Verkehrsaufkommen und Flächenbedarf niederschlägt. Mit dem Jahr 2010 könnte die im Zuge dessen wachsende Erölproduktion einen Stand erreichen, der zu einem rapiden Anstieg der Preise führt und eine Energiekrise so verheerend wie in den 70er Jahren heraufbeschwört.

Die reife Stadt der Überalterung

Dieses Szenario könnte die Zukunft der westeuropäischen und nordamerikanischen Städte darstellen und auch in seinem Fall sind erste Anzeichen bereits deutlich spüren – man höre nur auf die immer wieder seitens der Politik geäußerte Angst vor einem Kippen der Bevölkerungspyramide und der Fragilität des Generationenvertrages.

Das Hauptproblem dieser Städte ist ein Rückgang der Geburtenraten, der sich direkt in einem Rückgang der Einwohnerzahlen bemerkbar macht. Dies hat den scheinbaren Vorteil geringerer Ausgaben für schulische Infrastruktur und andere Ausbildungsinstitutionen junger Menschen, doch werden die Einsparungen von den sich komplementär erhöhenden Ausgaben für die Versorgung der alten Menschen mindestens wieder ausgeglichen. Des Weiteren liegt die Sparquote alter Menschen vergleichsweise niedrig. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist hiermit vor ein Problem gestellt, das durch die gleichzeitige Alterung des humanen Kapitals noch verschärft wird. Zudem sind die reifen Städte nur in sehr beschränktem Ausmaß familienfreundlich. Die Zahl der Kinder ist gering und die der erwerbstätigen Frauen und Männer entsprechend hoch, die Familie folglich von ihrer Struktur her nur noch begrenzt in der Lage, Ältere zu versorgen. Damit aber werden die Sozialausgaben des Staates steigen und es kann zu politischen Konflikten zwischen den Generationen kommen.

Auf den lokalen Märkten vollzieht sich ein Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft. Er wird jedoch von Preissteigerungen begrenzt, die hochwertige Dienstleistungen in ein Luxusgut verwandeln. Die alten Menschen haben Vorteile bei Berufen wie Anwalt, Bank- oder Wirtschaftsberater, doch bei technischen oder analytischen Tätigkeiten, vor allem in der Hochtechnologie, sind sie zumeist nicht auf dem neuesten Stand.

Mit rückläufigen Einwohner- und Erwerbstätigenzahlen sind die betroffenen Städte aufgrund ihrer sinkenden Einnahmen nur noch in unzureichendem Maße fähig, ihre hochkomplexe Infrastruktur in Stand zu halten. Gleichermäßen verringert sich mit der niedrigeren Wirtschaftsleistung der Bedarf an Büroräumen und größeren Produktionsflächen, was dem Immobilienmarkt Probleme bereitet. Auf Neubauten und aufwändige Großprojekte muss zugunsten von Umbaumaßnahmen gänzlich verzichtet werden.

Mit dem Rückgang der Erwerbstätigenzahlen verschwindet jedoch nicht die Arbeitslosigkeit. Diese bleibt durch die Schere zwischen der Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften einerseits und einem primär aus wenig qualifizierten Arbeitskräften zusammengesetzten Angebot andererseits bestehen. Die arbeitslosen Bevölkerungsschichten konzentrieren sich auf innerstädtische Gebiete niedriger Qualität und entfernen sich zunehmend von den Schichten des Mittelstandes, während die wohlhabende Bevölkerung langsam in attraktivere Gebiete abwandert, wo die Gefahr sozialer Spannungen geringer ist.

Ein wesentlicher Niederschlag dieser Entwicklung besteht in einer hohen Kriminalitätsrate. Die Zahl der Einbrüche, Autodiebstähle, Körperverletzungen und der

Beschaffungskriminalität erhöht sich so weit, dass einige Stadtviertel von vielen Bürgern gemieden werden, weil dort Krawalle und Unruhen an der Tagesordnung sind. Die Städte dieses Typs haben den höchsten Energie- und Wasserverbrauch, die höchsten Wohnflächen und den höchsten Rohstoff-Konsum pro Einwohner. Bei der Veränderung exzessiver Wirtschafts- und Lebenshaltungen müssten sie also eine Vorreiterrolle einnehmen. Doch zeichnen sie sich in politischen Hinsicht vor allem durch ein großes Maß an Trägheit aus – mit der Folge einer bis zum Jahre 2015 zunehmenden Umweltverschmutzung, trotz moderner Technologien, die einen sparsameren Umgang mit den Rohstoffen ermöglichen.

Die Zukunft der Städte erscheint in tiefes Schwarz getaucht. Doch muss man hier stehen bleiben, gibt es keinen Ausweg? Laut Ulrich Pfeiffer ist das keineswegs der Fall, denn jenseits der bedrohlichen Tendenzen, die sich in den Szenarien widerspiegeln, gibt es Kräfte, die langfristig in Richtung einer Verbesserung des Zustandes der Städte wirken. Der Markt besitzt Ulrich Pfeiffer zufolge eine Eigendynamik. Menschen müssen beispielsweise nicht mehr verdienen, um eines Tages ihre Lage verbessern zu können. Sie sparen, legen ein wenig Geld zur Seite und irgendwann ist genug beisammen, damit sie einige Verbesserungen an ihren Häusern durchführen können, was wiederum zu einer Aufwertung der informellen Siedlungen führt und deren Distanz zu den sonstigen Teilen der Städte verkleinert. Das ermöglicht ein Aufkeimen der Wirtschaft und schafft eine Grundlage für die Verbesserung des Lebensstandards.

Autor

Ulrich Pfeiffer ist Wirtschaftswissenschaftler, Mitverfasser des Buches „Urban 21 – Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte“ und leitet das in Bonn und Berlin ansässige Institut Empirica.

Lars Distelhorst ist Diplompolitologe und arbeitet an der Redaktion der Zeitschrift „21“ mit.

Literatur

Pfeiffer, U.; Hall, P. (2000): Urban 21 – Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte. Stuttgart/München.

WWW-Tipps

<http://www.habitat.org/>

<http://www.urban21.de/>

<http://www.un.org/Depts/unsd/demog/>

ANMERKUNGEN

Informeller Sektor:

Wichtiger Teilbereich der Wirtschaft vieler Entwicklungsländer, der durch arbeitsintensive Produktion, kleine Betriebsgrößen und sozial nicht abgesicherte, schlecht bezahlte und gering qualifizierte Arbeit gekennzeichnet ist und vom städtischen industriellen Sektor nicht aufgefangen werden kann.

AB 17: Fingerhuth, Carl: „Über unsere Träume von der besseren Stadt“. Aus: Zeitschrift „21“, Heft 3, Juli 2002, S. 55-58.

Über unsere Träume von der besseren Stadt

Von Carl Fingerhut

Die Redaktion der „21 – Das Leben gestalten lernen“ ersuchte mich, einen Artikel „über architektonische Visionen zu einer sozialen Stadt“ zu schreiben. 1964, 28 Jahre alt, habe ich in Zürich ein Büro für Städtebau gegründet, mit der Ambition Kommunen bei der Suche nach Qualität für ihre Stadt zu beraten. Architektonische Visionen waren damals ein zentrales Thema meiner Arbeit. Heute bin ich immer noch mit dem gleichen Etikett unterwegs. Die Probleme und Aufgaben haben sich nicht grundsätzlich verändert. Meine Antwort auf die Anfrage zu einem Artikel mit diesem Titel ist aber differenzierter geworden.

In den beiden Bildern von Breughel ist diese Erfahrung zusammengefasst. Es sind verschiedene Bilder der Stadt. Wir können sie als Bilder zwei ganz anderer Städte auffassen. Wir können sie aber auch als polare Sichtweisen der gleichen Stadt lesen. Heute interessiert mich die zweite Version.

Die Stadt ist die Summe der Reflektion der Bedürfnisse, Ziele und Träume der Menschen der Stadt. Diese materialisieren sich in der Gestalt der Stadt als sozialer, ökonomischer, kultureller und ökologischer Ort. In jeder Zeit erscheint Neues. So muss sich auch die Gestalt der Stadt immer wieder ändern. Alte Bedürfnisse, Ziele und Träume verschwinden aber nicht einfach. Die von ihnen ausgehende Energie verliert vielleicht ihre Dominanz, bleibt aber im Raum erhalten. Die alte Gestalt muss neu interpretiert und, wenn dies unerlässlich wird, mit viel Aufwand transformiert oder entfernt werden.

Die Maschine der Modernität

Die Umsetzung der Bedürfnisse, Ziele und Träume der Menschen der Stadt in physische Struktur und Form ist Aufgabe der Architekten und Ingenieure. Voraus geht aber immer ein politischer und kultureller Prozess, der die Auseinandersetzung zwischen Neuem und Altem, Veränderung und Kontinuität, Globalem und Lokalem zum Inhalt hat. Diese primäre Suche nach Gestalt, nicht als Entwurfsaufgabe sondern als Umsetzung von gesellschaftlicher Energie in physische Struktur und Form scheint mir wesentlich für die Qualität der Stadt. Sie dient dazu soziale, ökonomische, kulturelle und ökologische Ziele miteinander zu verknüpfen, Synergien zu entwickeln und Ästhetik zu schaffen.

In den 50er Jahren wurde Le Corbusier beauftragt bei der Planung von Chandigarh, der neuen Hauptstadt von Pandschab, mitzuwirken. Er wurde damals von dem indischen Architekten Mulkarj Anand auf die Bedeutung lokaler Traditionen hingewiesen. In seiner selbstbewussten und anmaßenden Art antwortete er: „Que signifient les coutumes indiennes aujourd’hui, si vous dites oui à la machine, aux pantalons et à la démocratie?“ („Wie können die indischen Traditionen heute noch eine Bedeutung haben, wo wir zur Maschine, zu den Hosen und der Demokratie ja gesagt haben?“)

Le Corbusier war der begabteste und radikalste Interpret des Zeitgeistes der Moderne, die Epoche der Maschine, der Jeans und der Demokratie; des absoluten Vertrauens in die Wissenschaftlichkeit, in die soziale Gerechtigkeit und die Befreiung des Individuums. Die Gestalt der Stadt dieser Zeit war gebaute Ideologie und absolute Wahrheit, ein Aufbruch in eine neue Zeit, ein Manifest des modernen Menschen, mit seiner unermesslichen

Selbstsicherheit und der megalomanen „terrible simplification“ des Seins des modernen Menschen.

Teile dieses Manifest sind unwidersprochene Phänomene der heutigen Stadt geworden, andere Teile werden radikal in Frage gestellt. Die aktuelle Kontroverse über die Gestalt der Stadt ist identisch mit derjenigen über die Chancen und Gefahren des Kapitalismus und die Prinzipien der Weltwirtschaft, des Christentum und der Positionen seiner Kirchen, die Monopolisierung der Telekommunikation und der mit ihr verknüpften englischen Sprache. Jetzt ist in der Gesellschaft ein Bewusstsein für die Komplexität und Widersprüchlichkeit der Welt und der Stadt entstanden. Als Städtebauer bin ich heute nicht mehr der Apostel eines Dogmas. Die Gesellschaft beauftragt mich, sie bei der Suche nach der Gestalt der Stadt zu unterstützen, die ihren gegenwärtigen Bedürfnisse, Zielen und Träumen jenseits der Moderne entspricht. Diese Gestalt ist nicht kanonisiert und formalisiert. Wir sind auf der Suche nach einer neuen Gestalt.

An drei Beispielen soll diese neue Ambiguität der Aufgabe dokumentiert werden:

Owerri, Nigeria

Als ich 1974 beauftragt wurde die neue Hauptstadt für die nigerianische Provinz Imo-State zu entwerfen, sagte mir der zuständige Minister im ersten Gespräch: „They will talk to you about african identity. But look at me: The fashion is the same in the whole world. We want Owerri to be a town like Paris or London.“

Für den Bau der Abwasserbeseitigung war das richtig. Bei der Suche nach der Gestalt der Stadt führte es zu Konflikten. Es gelang mir nicht eine der traditionellen Familienstruktur entsprechende Typologie für den Wohnungsbau zu finden. Als wir mit lokalen Materialien und unter Berücksichtigung der klimatischen Randbedingungen ein „lokales“ Verwaltungsgebäude erstellten, wurde dies in seiner Gestalt als einem Ministerium nicht würdig erklärt.

Die globale Technik der modernen Stadt ist Basis für die Entwicklung einer sozialen, ökonomischen und ökologischen Stadt. Werden die spezifischen Eigenschaften eines Ortes aber missachtet, besteht die Gefahr, dass es zu einer existentiellen Bedrohung der sozialen und kulturellen Identität, der ökonomischen Funktionstüchtigkeit und der ökologischen Qualität einer Stadt kommt.

Basel, Schweiz

1979 wurde ich zum Leiter des Hochbauamtes von Basel berufen. Das Amt beschäftigte sich in jener Zeit fast nur noch mit der Instandsetzung und dem Umbau der vorhandenen Stadt. Vorangegangen war ein radikaler Paradigmenwechsel. Während Jahrzehnten war das Dogma des Neubaus der Stadt unwidersprochen im Raum gestanden. Man ließ die alte Stadt verfallen, da sie nicht mehr zeitgemäß zu sein schien. Alle Energie und alles Geld flossen in neue Strassen und spektakuläre öffentliche Bauten. Dann plötzlich in der Mitte der 70er-Jahre war die Mehrheit der Stimmbürger anderer Meinung. Das globale Dogma der neuen Stadt wurde zur emotionalen Bedrohung. Eine neue, lokal bestimmte Wahrheit wurde allgemein gültig: Jeder Eingriff in die vorhandene Bausubstanz ist ein Verlust an Identität und kultureller Substanz.

Es war für mich eindeutig, dass eine Stadt beide Kräfte braucht: die erneuernde Vitalität und die identitätserhaltende Stabilität. Die Stadt musste wieder an einen bewussten Umgang mit der Polarität von Veränderung und Kontinuität herangeführt werden. Dazu brauchte es Beispiele, exemplarische Prozesse und einen öffentlichen Diskurs. Nach einigen Jahren war

man in Basel stolz auf das sich gegenseitig bereichernde Nebeneinander von Neuem und Altem.

Alle Situationen des Lebens sind von polaren Energiefeldern bestimmt. Der Umgang mit der ständigen Transformation der Stadt muss von daher ein gekonnter Umgang mit Polaritäten und eine ästhetische Interpretation der Erkenntnisse sein. Ästhetisch wird hier im Gegensatz zu anästhetisch, nicht zu unästhetisch verstanden.

Kunming, China

Ab 1994 durfte ich eine Serie von Workshops betreuen, die Mitarbeitern des Stadtplanungsamtes von Kunming und Fachleute aus Zürich zusammenbrachten. Wir waren eingeladen worden, die Stadt Kunming auf ihrem Weg zu einer globalen Stadt zu unterstützen. Erstes Thema war der Umgang mit einer großen historischen Altstadt, die von einer neuen sechsspurigen Strasse durchschnitten werden sollte. Im Raum standen zwei Leitsätze: „Holz ist kein beständiger Baustoff“, deshalb macht es keinen Sinn die Altstadt zu erhalten, und „Kill the bicycles“, damit neuer Raum für die Automobile geschaffen werden konnte.

Ich verstand unseren Beitrag als den Versuch die Verantwortlichen von Kunming auf die Komplexität und Widersprüchlichkeit der Stadt aufmerksam zu machen. Nach zwei Jahren erließen sie für den zentralen Bereich der historischen Stadt eine umfassende Schutzverordnung, eine der ersten großflächigen Maßnahmen des Denkmalschutzes in China. Später arbeiteten wir an einem neuen Stadtquartier für 400 000 EinwohnerInnen. Aus einem modernen Stadtmodell wurde ein Konzept für eine chinesische Stadt mit Respekt für den Ort, einer zentralen Feng-Shui-Achse und einer Struktur, die günstige Voraussetzungen für den öffentlichen Verkehr schafft.

Die Kraft der Moderne und die Versuchungen ihrer vordergründigen Qualitäten sind immer noch so stark, dass es im Rahmen globaler Prozesse sehr oft nicht deutlich ist, was existentielle Erfahrung und was kulturelles Dogma ist. Die unerlässliche Differenzierung zwischen den beiden kann nur über einen intensiven Dialog zwischen unterschiedlichen Positionen gefunden werden.

Die Offenheit für das Andere

Die Mehrdimensionalität der Stadt war für die Moderne eine Bedrohung, die durch Rationalität, Ordnung, Transparenz und Klarheit beseitigt wurde. Für das Bewusstsein der Zeit jenseits der Moderne ist diese Bedrohung nicht mehr entscheidend. Sie ist von einem neuem Wissen über die Komplexität und Widersprüchlichkeit der Welt und der Stadt geprägt. Die Suche nach Qualität für die Stadt ist nicht mehr die Umsetzung eines Dogmas sondern wird zu einem Spiel mit unendlich vielen Potentialen. Wir sollen, wie beim Fußball oder beim Schach, Verhaltensregeln definieren, Strategien entwickeln und die Ressourcen auf eine intelligente Art und Weise einsetzen. Wenn das Spiel läuft, ist es das Wichtigste achtsam zu sein, die Chance des Momentes zu nutzen, Synergien zu entwickeln, offen zu sein.

Die Zeit der einfachen Rezepte, der finalen Pläne oder der nur hierarchischen Strukturen ist vorbei. Wenn eine Gesellschaft oder eine Zeit in diesem Bewusstsein mit Veränderung oder mit Neuem konfrontiert ist, gibt es nur den Weg der Achtsamkeit.

Veränderung und Neues ist weder prinzipiell gut noch böse, richtig oder falsch. Unerlässliche Voraussetzung ist eine sorgfältige Auseinandersetzung mit dem Neuen, wie z.B. der Globalisierung. Diese Auseinandersetzung muss umso intensiver sein, je radikaler der Anspruch der Veränderung und des Neuen ist.

Achtsamkeit verlangt von allen Seiten eine Bereitschaft zum Dialog. Wenn die Immobilienmakler davon reden, dass die drei wichtigsten Kriterien für den Wert eines

Grundstückes Lage, Lage und Lage seien, so behaupte ich, dass für die erfolgreiche Transformation der Stadt die drei wichtigsten Kriterien Zuhören, Zuhören und Zuhören sind. Achtsamkeit erlaubt – und verlangt - aber auch spontanes Handeln im Rahmen der Spielregeln. Wie beim Judo die eigene Kraft zur Lenkung der fremden Kraft dient, ergeben sich die entscheidenden Beiträge zur Stadtentwicklung durch ein gekonntes Aufnehmen spontan auftretender neuer Energie.

Immer im Hinterkopf behalten

Zuerst muss man die Ziele erarbeiten und ihre Umsetzung testen, nicht zuerst Lösungen festschreiben. Dabei sollte man wenn immer möglich Situationen offen halten und die Kontinuität nicht über die Form sondern über die Struktur sichern. Wie bei jeder Kommunikation sind grammatikalische Fehler schwerwiegender als orthographische. Die Instrumente und Werkzeuge der Achtsamkeit zeigen einen offenen Charakter. Es geht um Visionen, Strategien, Leitbilder, räumliche Entwicklungskonzepte sind wichtiger als Gesetze und rechtsverbindliche Pläne. Diese sind nur dort unerlässlich, wo das Funktionieren des Konzeptes von der unveränderten Realisierung abhängig ist.

Lineare Prozesse, von oben nach unten und vom Allgemeinen zum Speziellen – aber auch umgekehrt – sind zu vermeiden. Die von der UN-Konferenz von Rio beschlossene Strategie zur Förderung der Nachhaltigkeit über die Agenden 21 ist mit dieser Schwierigkeit konfrontiert. Ein komplexes System wie die Stadt kann nur sehr beschränkt mit einem linearen Prozess, in diesem Fall von Unten nach Oben, entscheidend beeinflusst werden.

Ich habe bei meiner Arbeit für und mit der Stadt folgendes gelernt:

- Immer versuchen, die Polarität der Energie zu beachten
- Immer versuchen, den anderen Pol ernst zu nehmen
- Immer versuchen, vom Austausch zwischen den Polen zu profitieren
- Immer versuchen, die verschiedenen Entscheidungsebenen miteinander zu verknüpfen

Das führt uns weg von den Prinzipien der Kontrolle hin zu Prinzipien der Steuerung. Ich meine, dass ich so am besten einen Beitrag auf dem Weg zu einer sozialen Stadt leisten kann.

AUTOR

Carl Fingerhuth studierte Architektur und gründete mit 28 in Zürich sein erstes Büro für Raumplanung. Später wurde er Kantonsbaumeister der Stadt Basel und lehrte als Gastprofessor an Universitäten in den U.S.A., Frankreich, Deutschland und der Schweiz. Über das Thema Stadt und Architektur schrieb er mehrere Bücher.

AB 19: Klausur: Text: „Ein mehrdimensionales Leitbild“. Aus: Der regierende Bürgermeister von Berlin (Hrsg.): Die BerlinStudie: Strategien für die Stadt. Berlin 2000, S. 23-27. (Textzusammenfassung und Stellungnahme)

De 11

KLAUSUR

3.12.02

Euch liegt der Text „Ein mehrdimensionales Leitbild“¹ aus dem ersten Kapitel der *BerlinStudie* vor.

Um diesen Text richtig einordnen zu können, hier eine kurze Information zum Entstehungszusammenhang der BerlinStudie:

1.2 Die BerlinStudie

Für eine standortgerechte Zukunftsgestaltung braucht Berlin dreierlei: ein Leitbild, eine Strategie und einen Aktionsplan. Sie sind Voraussetzung, um die nötigen Maßnahmen zu beschreiben und um die Akteure zu identifizieren und zu motivieren.

Vielfach, insbesondere außerhalb Berlins, war in den letzten Jahren der Eindruck entstanden, dass die Stadt ihre einzigartigen Chancen zu wenig nutzt, und dass es der Landespolitik sowohl an einer Vision als auch einem strategischen Konzept fehlt. Dieser Eindruck korrespondiert mit der Beobachtung, dass die Bundesrepublik, die mit dem Modell der sozialen Marktwirtschaft in Europa und Amerika lange Zeit als Vorbild galt, gemessen an der internationalen Strategiedebatte zur Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie an den eingeleiteten Reformen in Skandinavien, den Niederlanden und England zum Nachzügler geworden ist. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission (bzw. die für Regionalpolitik zuständige Kommission DG XVI) eine Untersuchung angeregt, in deren Mittelpunkt eine differenzierte Strategie für Berlin stehen sollte. Die Studie wurde nach einer öffentlichen Ausschreibung im

Frühjahr 1998 an die Arbeitsgruppe ›Berlin – Zivile Wege in das 21. Jahrhundert‹, eine interdisziplinär zusammengesetzte Gruppe von Politikberatern, vergeben. Die Arbeit wurde von einem Beirat und einer internationalen Expertengruppe begleitet.

Die Empfehlungen der BerlinStudie richten sich sowohl an die Politiker Berlins als auch an die Wirtschaft, an Wissenschaft und Kultur, an die Medien und an die Bevölkerung. Deshalb wurden bereits während der Bearbeitung vier öffentliche Strategieworkshops durchgeführt. Adressat ist aber auch die Europäische Union, die von der Arbeit Hinweise für ihre Städtepolitik sowie Informationen darüber erwartet, wie Berlin im Vergleich zu anderen europäischen Gateway-Metropolen mit den Zukunftsfragen umgeht. In diesem Zusammenhang ist eine ähnliche Studie für London erarbeitet worden¹; sie wurde hier ebenso herangezogen wie der ›Strategieplan Wien‹.

¹ Unter Mitwirkung der EU-Kommission sind weitere Studien für Birmingham/Manchester, Halle/Leipzig, Marseille. Davon unabhängig werden Strategiekonzepte in Barcelona und Lyon erarbeitet.

Klausur-Aufgaben:

1. Schreibt eine Textzusammenfassung. Beachtet dabei die euch bekannten Arbeitsschritte.
2. Verfasst dann eine Stellungnahme zum Text, in der ihr aus eurer Sicht bewertet, ob die Elemente des dargestellten Leitbildes Grundlage für eine zukunftsfähige Entwicklung Berlins sein können. Begründet eure Einschätzung!

BITTE ZÄHLT EURE WÖRTER UND NOTIERT DIE WORTZAHL AM ENDE DER ARBEIT.

¹ Der Regierende Bürgermeister von Berlin (Hrsg.): Die BerlinStudie: Strategien für die Stadt. Berlin 2000, S. 23-27

1.3 Ein mehrdimensionales Leitbild

1.3.1 Konzeption

Eine Perspektive für Berlin erfordert Leitbildvorstellungen. Es hat in der Vergangenheit nicht an entsprechenden Versuchen gefehlt. Beispiele sind ›Ost-West-Drehscheibe‹, ›Europäische Dienstleistungs-Metropole‹, ›Hauptstadt mit großstädtischer Wirtschaftsstruktur‹, ›Zukunft aus eigener Kraft‹ oder ›Kompetenzzentrum‹. Letztlich hat sich aber keiner dieser eindimensionalen Entwürfe durchsetzen können¹. Die BerlinStudie greift diese Ansätze auf, definiert jedoch anstelle eines einzigen übergreifenden Slogans sechs Elemente einer Vision, die sich auf verschiedenen Ebenen bewegen und Priorität haben sollten. Ein solches Vorgehen hat nicht zuletzt angesichts der Komplexität der Stadt größere Erfolgsaussichten als die Propagierung eines einzigen Leitbildes.

Das so begriffene Leitbild kann Verbindlichkeit gewinnen, indem es einen breiten gesellschaftlichen Konsens bewirkt, eine evidente Zukunftsvision ausdrückt, als ›verinnerlichte, bildhafte Vorstellung‹ eines zugleich wünschenswerten wie machbaren Entwicklungspfad akzeptiert wird und ›erhebliche Prägestkraft‹ entfaltet.² Es leistet Orientierung, Koordination und Motivation, damit die wichtigsten Akteure der Region nicht gegeneinander, sondern in die gleiche Richtung denken und handeln.³

Die Arbeitsgruppe knüpft an Vorarbeiten anderer Kommissionen an. Dazu gehören insbesondere die Arbeitsgruppe Standortmarketing (1993) und die des Wissenschaftszentrums (1995), die Sächsische Zukunftskommission, die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung und das Forum Zukunft Brandenburg. Außerdem wurden Perspektivdiskussionen anderer Städte – vor allem Londons und Wiens – berücksichtigt.

Die sechs Leitbildelemente liegen auf drei unterschiedlichen Ebenen, die *Richtung*, *Ressourcen* und *Weg* der künftigen Entwicklung betreffen.

Die allgemeine *Richtung* in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht markieren drei Leitbildelemente:

- *Berlin – wettbewerbsfähig aus eigener Kraft*
- *Berlin – offen und sozial gerecht*
- *Berlin – ökologisch attraktiv und verantwortungsvoll*

Auf die *Ressourcen* Berlins, die für die Verwirklichung der allgemeinen Zielorientierung besondere Bedeutung haben, beziehen sich zwei Leitbildelemente:

- *Berlin – Stadt des Wissens*
- *Berlin – Ost und West zugleich*

Das Leitbildelement für den *Weg* der Nutzung von Potenzialen, der Entscheidungs- und Umsetzungsverfahren heißt:

- *Berlin – zivilgesellschaftlich verfasst*

Die drei Leitbildelemente Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Ökologie prägen in ähnlicher Weise auch die Konzeption der London Study (›Economy, Equity, Ecology‹). Die zentrale Stellung des Wissens (›knowledge-based development‹) bezeichnet die zunehmende Abhängigkeit der Stadtentwicklung von der Nutzung intellektueller Ressourcen. Das Ost-West-Thema ist eine bestimmte Zukunftsaufgabe, der sich Berlin in den kommenden Jahrzehnten stellen müssen und für die es als ›Gate-way‹ zwischen Ost und West besonders prädestiniert ist. Die zivilgesellschaftliche Orientierung schließlich zieht sich als prozedurales Grundprinzip durch alle Bereiche. Inhärente Zielkonflikte, etwa zwischen wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit, sind Bestandteil des Leitbildes. Es ist nicht Aufgabe der Studie, Entscheidungsprioritäten vorzugeben, sondern solche Konflikte zu benennen und ›zivile Wege‹ zu ihrer Bewältigung durch die Berliner Akteure aufzuzeigen.

Die sechs Leitbildelemente sind die Antwort der BerlinStudie auf die Herausforderungen, vor denen Berlin steht. Sie sind bewusst vielschichtig formuliert, dennoch eint sie das Konzept der ›sustainability‹ (Nachhaltigkeit). Damit orientiert sich die BerlinStudie an der internationalen Debatte zu ›sustainable development‹ und an der Europäischen Union, die ihre Regionalpolitik unter das Motto ›sustainable cities‹ stellt.

Über die Erhaltung der Lebens- und Produktionsgrundlagen hinaus umfasst der Begriff Nachhaltigkeit die Dynamik einer sich selbst tragenden und sich selbst stützenden Entwicklung. Nachhaltigkeit kann einerseits auf die Wirtschaftsentwicklung, auf den Arbeitsmarkt, auf die soziale Entwicklung oder auf die Kultur übertragen werden; andererseits werden bewusst die drei Oberziele der Nachhaltigkeit ›ökonomisch – sozial – ökologisch‹ in den Vordergrund gestellt. Nachhaltigkeit wird dabei definiert als ein Zieldreieck, in dem der Politik aufgegeben ist, den Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft – den Ausgleich wirtschaftlicher und sozialer Ziele –

1 Das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin spricht von einem ›Leitbildvakuum‹, vgl. Kahlenborn, Walter, Meinolf Dierkes u. a.: Berlin – Zukunft aus eigener Kraft. Ein Leitbild für den Wirtschaftsstandort Berlin. FAB Verlag Berlin 1995, S. 18-23 und H. Heuer, Politikfeld Wirtschafts- und Technologiepolitik; Materialien 1. Strategieworkshop der Berlin-Studie (23./24. 10. 1998), S. 13.

2 Kahlenborn, Walter, Meinolf Dierkes u. a., a. a. O., S. 18-22.

3 a. a. O. S. 16 f.

durch eine dritte Dimension, die Ökologie, fortzuentwickeln. Die drei Ziele stehen in Konflikt zueinander, und jede Strategie für Berlin wird das Gleichgewicht zwischen ihnen situationspezifisch immer wieder neu zu bestimmen haben.

Zur zukunftsfähigen Entwicklung wird zunehmend auch eine politisch-institutionelle Dimension gezählt, die auf kooperative Formen politischen Handelns und auf zivilgesellschaftliche Verfahren zielt. Die BerlinStudie bezieht darüber hinaus Kultur und Wissenschaft in ihr Verständnis von Zukunftsfähigkeit ein. Beide sind Quellen von Wissen und Innovation. Zukunftsfähige Entwicklung ist ein Prozess der Umgestaltung, der von Wissen und Innovation lebt – technisch, wirtschaftlich, sozial, politisch, kulturell und wissenschaftlich.

1.3.2 Die Elemente des Leitbildes

Berlin: Wettbewerbsfähig aus eigener Kraft

Die Wirtschaftsstruktur der Region Berlin-Brandenburg befindet sich im Umbruch: Unternehmen, die die Herausforderungen des Marktes angenommen haben, stehen neben solchen, die innerhalb weniger Jahre weitgehend aus eigener Kraft Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit erlangen müssen. Auf Dauer werden nur solche Unternehmen international bestehen und neue Arbeit schaffen können, die sich auf wissens-, service-, technik- und designintensive Leistungen konzentrieren. Lohnintensive Massenproduktionen technisch einfacher oder standardisierbarer Erzeugnisse werden Berlin weiterhin verlassen. Dies gilt auch für Dienstleistungen, zumindest soweit diese nicht auf Face-to-face-Kontakte angewiesen sind. Neue Kompetenzfelder müssen Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Dazu gehören Verkehrstechnik, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnik, aber auch Umwelttechnik, neue Werkstoffe, Optoelektronik, Mikrosystemtechnik, Bautechnik und Kultur.

Zugleich sind allerdings auch die konventionellen Branchen im regionalen Verbund (unter Einschluss Westpolens) im Blick zu behalten. Sie beeinflussen als Nachfrager nach unternehmensbezogenen Dienstleistungen deren Wachstumsmöglichkeiten. Außerdem müssen sie auch für die tägliche Versorgung und für Infrastrukturaufgaben erhalten und qualifiziert werden.

Berlin muss sich ehrgeizige arbeitsmarktpolitische Ziele setzen und die Erwerbslosigkeit bis zum Auslaufen der Förderung durch die EU-Strukturfonds in sechs Jahren drastisch reduzieren, und zwar durch Erhöhung des Arbeitsvolumens im ersten Arbeitsmarkt. Eine solches Ergebnis ist möglich, wenn Bildungsinfrastruktur und Wachstumsbedingungen für junge Unternehmen schnell und entscheidend verbessert werden. Für den verbleibenden Teil der Arbeitslosen, insbesondere Jugendliche, Frauen, Ausländer und Langzeitarbeitslose, werden auch künftig Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erforderlich sein. Insbesondere sind die Möglichkeiten zu nutzen, die in der Verbesserung von Vermittlungsinitiativen und »Beschäftigungsbrücken« liegen. Außerdem sollten die Übergänge zwischen Erwerbsarbeit sowie Versorgungs-, Gemeinwesen- und Eigenarbeit erleichtert und unterstützt werden.

Umfassende Wettbewerbsfähigkeit setzt Kompetenz aller Akteure voraus. Deshalb ist die seit Jahren angekündigte, aber immer wieder verschobene Qualifizierungsoffensive des Senats von Berlin rasch umzusetzen. Nur so kann die Humankapitalbasis der Stadt dauerhaft und auf allen Feldern verbessert werden. Breitenförderung mit Elitenförderung zu koppeln und aktuelles Spitzen-know-how in die Stadt zu tragen sind infrastrukturelle Aufgaben. Berlin benötigt daher eine umsichtig angelegte, auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen abstellende Industrie-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik.

Berlin: Offen und sozial gerecht

Voraussetzung für Wissensgenerierung und Wettbewerbsfähigkeit ist Offenheit für Neues, für Fremdes, für junge Menschen und Zuziehende aus dem Ausland sowie für einen glaubwürdigen sozialen Ausgleich zwischen den fragmentierten Gruppen der Stadtgesellschaft. In dem Maße, wie Berlin seine Möglichkeiten zur Intensivierung der Austauschbeziehungen nutzt, wird es auch die Beschränkungen eines nach innen gerichteten Blicks überwinden, sich öffnen und auf neue Weise an aktuellen internationalen Diskursen teilhaben.

Vom kosmopolitischen Gemisch der Nationalitäten und Kulturen leben alle Metropolen, und in Deutschland besonders Berlin. Die Anwerbung und Ansiedlung qualifizierter Zuwanderer begründete schon vor 350 Jahren den Wiederaufstieg Brandenburgs nach den Verwüstungen des 30-jährigen Krieges; der Zustrom hervorragender Köpfe und die schnelle Integration von Neankömmlingen haben Berlins Aufschwung um 1900 geprägt; seine kosmopolitische Tradition sollte Berlin auch helfen, die aus der Zeit vor 1989 überkommenen Mentalitätsbarrieren abzulegen und sich schnell und nachhaltig zu modernisieren.

Gewöhnlich wachsen aus der Mitte der zugewanderten Bevölkerung binnen ein bis zwei Generationen die Träger neuer Initiativen und Verantwortung. Berlin sollte sich international öffnen und zur Modellstadt einer zivilgesellschaftlichen liberalen Migrationspolitik werden. Dies bedeutet einerseits, verfolgten Menschen eine neue Heimat zu geben und andererseits, den motivierten und gut ausgebildeten Zuwanderern zu helfen, sich als Handwerker, Händler, Wissenschaftler oder Künstler eine Existenz aufzubauen – ein vorrangiges politisches Ziel auch des Toleranzedikts von 1785, das Brandenburgs Aufstieg entscheidend vortrannte.

Zum Kreativitätspotenzial Berlins zählt insbesondere die Kultur, und zu den wesentlichen Garanten nachhaltiger Innovation gehört die aktive Beteiligung der Jugend mit ihrer Unkonventionalität und Kreativität. Berlin sollte sich deshalb auf den Wettbewerb um die knappe »Ressource Jugend« einstellen und aktiv um sie werben. Berlin braucht – auch unter demografischen Gesichtspunkten – Zuwanderung junger, gut ausgebildeter oder ausbildbarer Menschen aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland. Faktoren, mit denen junge Menschen angezogen werden, sind eine außergewöhnlich kinder- und familienfreundliche Stadtpolitik, herausragende

Ausbildungs- und Kulturangebote wie internationale Studienangebote, Lehrstellen-Angebote und Meisterkurse, sowie umfassende Unterstützung bei der Existenzgründung.

Wichtig für das Leitbild eines in allen Bereichen offenen und sozial gerechten Berlin ist auch die Verwirklichung individuell gewählter Lebensformen für Frauen. Dazu bedarf es einer vielfältigen, international geprägten Berufswelt ohne Geschlechterschranken. Lebendige und sichere Wohnquartiere sowie Kindertagesstätten und Schulen mit ganztägigem Angebot sind Voraussetzungen dafür, dass die Stadt nicht nur Einzelpersonen anzieht bzw. bindet, sondern auch Haushalte mit Kindern. Den Bedürfnisse und Interessen von Frauen, Kindern und Jugendlichen zu dienen muss sowohl für die Politik als auch für andere Akteure der Stadt zum verbindlichen Leitbild werden.

Berlin: Ökologisch attraktiv und verantwortungsvoll

Berlin hat eine lange Tradition in der Umweltvorsorge: Die Kulturlandschaft der Seen und Wälder, Stadforste und Rieselfelder waren bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts Element der Kommunalpolitik; Innenverdichtung wurde zur Programmatik der geteilten Stadt. Auch in Zukunft sind die natürlichen Lebensgrundlagen vorausschauend zu erhalten und zu gebrauchen. Vorsorgender Umweltschutz ist in das etablierte Arrangement wirtschaftlicher und sozialer Interessen zu integrieren, damit Berlin seine Ressourcen nachhaltig nutzen kann und seine Entwicklung langfristig gewährleistet bleibt. Dabei kann an umfangreiche Erfahrungen mit dem ökologischen Stadtbau, in der Umweltforschung, sowie mit der Verbreitung der Solartechnik anknüpft werden.

Die nachhaltig zu nutzenden Umweltressourcen stammen zum Teil aus Berlin selbst, zum Teil aus seinem Umland und anderen, oft weiter entfernt gelegenen Regionen. Vor diesem Hintergrund muss eine ökologisch verantwortungsvolle Zukunftsgestaltung folgende Gesichtspunkte verfolgen:

- Die Umweltqualität ist zu verbessern, um als Standort für die Bevölkerung und für Unternehmen, die auf ihr Umfeld Wert legen, attraktiv zu sein.
- Die innerstädtischen Ressourcen sind nachhaltig zu nutzen, um künftige Kostensteigerungen für Bewohner und Unternehmen so gering wie möglich zu halten.
- Belastungen sollten nicht auf andere Regionen oder nachfolgenden Generationen abgewälzt werden. Die globale Überlastung der Umwelt beeinträchtigt in zunehmendem Maße die wirtschaftliche Entwicklung und provoziert neue Fragen der sozialen Verteilung von Risiken, Umweltschäden und Kosten. Diesen Herausforderungen kann man auf Dauer nicht ausweichen; sich ihnen zu stellen und dabei eine Vorreiterrolle zu spielen liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse Berlins.

Im Einzelnen stellt sich der Region Berlin-Brandenburg eine Reihe von Aufgaben: Reduzierung der Verkehrsbelastung, Schutz der Naturräume, Vermeidung von Zersiedelung, Verringerung des Flächenverbrauchs, Organisation von Stoffkreisläufen auf lokaler und regionaler Ebene, Reduzierung des Energie-, Material- und Wasserverbrauchs, Verbesserung der Luft-, Wasser- Gewässerqualität, Lärmprävention und ästhetische Stadtgestaltung als Teil der Lebensqualität.

Vorrang gebührt dem Recycling städtischer Flächen, bevor neue Flächen am Stadtrand beplant werden. Im Interesse einer regional ausgewogenen, polyzentralen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossenen Siedlungsstruktur ist das Prinzip der Schwerpunkt-

besiedelung gegen lokale Sonderinteressen durchzusetzen. In Forschung und Entwicklung sind Technologien für ein vorsorgendes, kreislauforientiertes Wirtschaften zentral zu fördern; Innovationsbarrieren sind zu beseitigen.

Die Potenziale einer Verknüpfung ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele sind auf regionaler, gesamtstädtischer und dezentraler Ebene auszuschöpfen. Das schließt eine Kooperation von Stadt und Region ein.

Um das Transportaufkommen zu reduzieren und Beschäftigungspotenziale zu nutzen, sollten Stoff- und Wirtschaftskreisläufe komplementär zu den Globalisierungstendenzen regionalisiert werden. Auch die Stadtquartiere bergen als kleinste nachbarschaftliche Einheiten bisher kaum ausgeschöpfte Potenziale. Sie sind im Hinblick auf vorhandene soziale Kontaktnetze, ihre spezifischen Milieus sowie den Mikrokosmos ökologischer Kreisläufe zu stabilisieren und weiterzuentwickeln.

Berlin: Stadt des Wissens

Seinen Aufstieg zu Beginn des 20. Jahrhunderts verdankte Berlin einer einmaligen Konzentration von politischer, wirtschaftlich-technischer und wissenschaftlich-kultureller Kompetenz. Mit dem irreversiblen Verlust seiner traditionellen industriellen Lebensgrundlagen ist die ökonomische Regeneration der Stadt aufs Neue von Investitionen in wissenschaftlich-technische und kulturelle Innovationen abhängig.

Je mehr die Informations- und Kommunikationstechnik Daten zum jederzeit und überall verfügbaren Allgemeingut macht, wird zudem die Rolle der Metropolen in räumlich konzentrierter Generierung von Wissen bestehen. Wissen wird dabei – in Anlehnung an Karl Mannheim – als Summe naturwissenschaftlich-technischen, gesellschaftlichen und künstlerisch-ästhetischen Wissens verstanden. Die so definierte Wissensbasis einer Stadtregion umfassend zu stärken wird zur wichtigsten infrastrukturellen Vorleistung von Staat und Kommunen.

Sie ist einerseits abhängig vom Bildungsstand, von der Kreativität und von der Aufnahme- und Verarbeitungsfähigkeit vieler Einzelner; andererseits wird sie von der Fähigkeit zum offenen Austausch über Fachgrenzen hinweg bestimmt. Der multilaterale Dialog bringt Neues hervor, das in erster Linie an den Schnittstellen unterschiedlicher Erfahrungsbereiche und als Resultat von Interdisziplinarität erwartet werden kann. Wichtig dafür sind soziale Kompetenz sowie die Fähigkeit, global zu denken, komplexe Daten zu bewerten, übergreifende Wirkungszusammenhänge zu analysieren, technische und soziale Innovationen selbst zu generieren oder schnell zu verarbeiten. Die zivilgesellschaftliche Einbettung und der Bedarf an breit gefächertem Wissen erfordern die Teilhabe aller an der Wissensgenerierung ebenso wie die entschiedene Förderung von Eliten.

Die Wissenspotenziale zu aktivieren, zu heben und zu kultivieren ist Aufgabe des kommunalen Wissensmanagements. Nicht nur die Wirtschaft lebt von Qualifikationen, Wissen und Kompetenz, sondern auch die politischen und gesellschaftlichen Institutionen. Dabei sind insbesondere drei miteinander verwobene Probleme zu lösen: die mangelnde Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft, die schwache industrielle Basis der Region als Auftraggeber für Forschung und Entwicklung und der oft fehlende Blick für den internationalen Wissenstransfer. Hochschulen, Medien, Kunst und Kultur müssen den Weg in die Wissensgesellschaft wirkungsvoll unterstützen – einerseits als Quellen von Innovation und Kreativität, andererseits als Garanten der Verankerung der Zukunft im historischen Gedächtnis.

Berlin: Ost und West zugleich

Die veränderte geopolitische Lage prädestiniert Berlin als einen Motor der Integration Ost- und Westeuropas. Als östliche Stadt im Westen und westliche Stadt im Osten vereint Berlin nicht nur historische Erfahrungen beider Welten in sich. Hier begegnen sich auch Menschen beider Hemisphären, ohne dass sie ihre eigene Welt verlassen müssen. Berlin ist nicht etwas Drittes zwischen Ost und West, sondern Ost und West zugleich. Um diese Option für Handel, Tourismus, Kultur, Wissenschaft und Politik nutzen zu können, bedarf es allerdings visionärer Kraft und gemeinsamer Anstrengungen mit den westlichen und östlichen Nachbarländern. Der Berliner Senat und einzelne Kulturinstitutionen haben die Zusammenarbeit mit anderen Städten und den Ländern Mittel- und Osteuropas in den letzten Jahren zwar systematisch vorangetrieben; insgesamt hat Berlin aber zu wenig aus dieser Chance gemacht, so dass eher Prag, Warschau, Budapest und Wien – sowie andere deutsche Städte – die Rolle übernommen haben, die Berlin spielen könnte.

Die Hauptstadt-Funktion eröffnet Berlin allerdings eine zweite Chance, wenn von hier aus die Initiative zur EU-Erweiterung kraftvoll vorangetrieben wird und in Folge davon auch der Ost-West-Handel, der Tourismus sowie wissenschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Austausch Impulse bekommen. Eine solche Entwicklung setzt jedoch eine Öffnung der Berliner Akteure für Ost- und Mitteleuropa voraus. Ohne intime Kenntnis der Nachbarländer, ihrer Geschichte und Sprache, ihrer Wirtschaft und Politik, ihrer Kultur und ihrer Gesellschaft kann Berlin auch diese zweite Chance nicht wahrnehmen.

Die östlichen Nachbarländer setzen sich mit ihrer neuen Situation in Europa intensiv auseinander. Die Erwartungen an die Integrationsleistung Berlins sind dabei sehr hoch. Die Stadt liegt nicht nur auf einer Ost-West-Achse Paris-Moskau, sondern wird – ähnlich wie Wien und Prag – als Schwerpunkt innerhalb eines breiten ›Innovationsgürtels‹ beiderseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs gesehen, der für die Länder zwischen Skandinavien und dem Balkan, zwischen Ostsee und Adria Chancen einer gemeinsamen Zukunft birgt.¹

Berlin: Zivilgesellschaftlich verfasst

Eine wesentliche Leitidee für Berlin ist ein zivilgesellschaftlich prägendes Gemeinwesen. Zentrales Element zivilgesellschaftlicher Verfasstheit ist das Prinzip der Subsidiarität, das heißt, der Übertragung öffentlicher Aufgaben an staatliche Stellen nur dort, wo das öffentliche Wohl anders nicht zu gewährleisten ist. Zivilgesellschaft ist also ein altes, dem heutigen Sozialstaat als Subsidiaritätsprinzip quasi vorgelagertes Konzept. Auf ›zivilen Wegen‹ soll Berlin in der kommenden Dekade zu einer Neuverteilung von Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten finden, zu einer Stärkung des privaten und intermediären Sektors auf breiter Front, zu einer Reduzierung staatlicher Funktionen auf unabdingbare Kernaufgaben und zu einer gesellschaftlichen Stärkung von Bereichen, in denen der Staat private und korporative Funktionen nicht ersetzen kann.

Insofern hat das vorgeschlagene zivilgesellschaftliche Konzept zwar einen ähnlichen Inhalt wie das angelsächsische Konzept der ›civil society‹, aber geradezu gegenteilige Gründe und Ziele. Geht es dort darum, mit Methoden gesellschaftlicher und privater Selbstorganisation Defizite staatlichen und politischen Handelns zu kompensieren und vom Staat nicht wahrgenommene gesellschaftliche Bedürfnisse und Bedarfslücken zu decken, so besteht hierzulande, und besonders in Berlin, die Aufgabe darin, die im Übermaß auf

staatliche und politische Stellen konzentrierten Zuständigkeiten und Funktionen auf gesellschaftliche und private Bereiche zurück zu verlagern und dort neue, präzise Verantwortlichkeiten wieder zu etablieren, wo sie der Sache nach hingehören.

Äußere und innere Zwänge der Teilung brachten in beiden Teilen Berlins eine, wenn auch nach Zweck und Inhalt unterschiedliche, Dominanz staatlichen Handelns und eine Überpolitisierung vieler Lebensbereiche mit sich – zwei gegensätzliche Varianten des real existierenden Sozialismus, gewissermaßen. In gleichem Maße stagnierten privat und intermediär verfasste Formen gesellschaftlichen und politischen Handelns. Eigenständige Organisationen, Vereinigungen und Institutionen, die früher zum Reichtum und zur Kraft der Stadt beigetragen hatten, gerieten in finanzielle Abhängigkeit vom Staat. Öffentliche Verwaltung, Exekutive und Legislative sowie andere staatliche Stellen wurden bis zur Aktionsunfähigkeit mit Zuständigkeiten überfrachtet; die Transparenz und Akzeptanz politischer und administrativer Entscheidungen nahm ab.

Das Konzept der Zivilgesellschaft dagegen vereint Grundprinzipien demokratischer Verfassungsgrundsätze wie Rechtsstaatlichkeit, Aufklärung, Gleichberechtigung, Solidarität und Toleranz mit der prozessualen Kategorie einer kooperativen, möglichst dezentralen, subsidiären und transparenten Konfliktaustragung und Konsensbildung. Es bedeutet ein auf Kompetenz und Souveränität der Bürger gestütztes, emanzipiertes Verhältnis von Staat und Gesellschaft, in dem der Staat nicht stellvertretend für die Gesellschaft handelt, sondern selbstorganisiertes Handeln der Bürger absichert und freisetzt.

Die etablierten Funktions- und Machtträger haben hier eine Bringschuld sowohl gegenüber der Allgemeinheit als auch gegenüber Einzelpersonen, Organisationen und Gruppen zu erfüllen. Ihnen sollen Funktionen und Kompetenzen, die nicht an übergeordneter Stelle zusammengeführt gehören, übertragen werden. Deregulierung ist dazu notwendig, aber nicht ausreichend, denn staatliche Monopole durch private zu ersetzen ist noch kein Fortschritt auf dem Weg zur Zivilgesellschaft. Der Bringschuld der großen Apparate steht eine Holschuld der nichtstaatlichen Akteure gegenüber. Sie müssen ihre Aktionsfähigkeit selbst ausbilden und ihre Organisation selbst bewerkstelligen. Zivilgesellschaft als staatliche Veranstaltung wäre ein Widerspruch in sich.

Die zivilgesellschaftliche Erneuerung Berlins ist auch ein Schlüssel zur Überwindung der Fremdheit zwischen den unterschiedlich geformten Lebensvorstellungen und Mentalitäten im Ost- und im Westteil der Stadt. Gemeinsam begangene zivile Wege können zur Verständigung über die Zukunft der gemeinsamen Stadt führen. Wegen grundverschiedener Ausgangspositionen östlicher und westlicher Erfahrung mögen diese Wege aus verschiedenen Richtungen begangen werden; trotzdem können es gemeinsame Wege mit einem gemeinsamen Ziel sein.

Zum Leitbild zivilgesellschaftlicher Verfasstheit hat Berlin nicht nur Nachholbedarf, sondern auch Erfahrungen einzubringen – von der Privatisierung großer Staatsbetriebe bis zu neuartigen kooperativen Planungsstrategien im ›Stadtforum‹ Anfang der 90er Jahre, das in anderen Städten und Ländern Nachahmung gefunden hat.

¹ Hierzu u.a. Kuklinski, Antoni (Hg.): ›European Space – Baltic Space – Polish Space‹, 2 Bde., ARL Hannover / EUROREG Warsaw, Warsaw 1997 und die von der Europäischen Kommission herausgegebene Schrift ›Eastern and Central Europe 2000‹ (1994).

AB 20: **Besprechung der Klausur**

De 11: *Beispiel* für eine **Zusammenfassung** des Textes (Klausur)

In der *BerlinStudie* werden als Voraussetzungen für eine standortgerechte Zukunftsgestaltung Berlins genannt:

- Leitbild
- Strategie
- Aktionsplan.

Die Studie gibt Empfehlungen und richtet sich an Politiker, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, Medien und Bevölkerung in Berlin sowie an Institutionen der EU.

Das Konzept der Nachhaltigkeit ist Grundlage für die Vorschläge, die in der Studie entwickelt werden.

Das Kapitel 1.3 *Ein mehrdimensionales Leitbild* enthält die Abschnitte *Konzeption und Begründung des Leitbildes* und *Elemente des Leitbildes*.

Das mehrdimensionale Leitbild besteht aus sechs Elementen und wird – anders als bei vorangegangenen Entwürfen – so formuliert, um eine komplexe Vision auszudrücken, die der Vielfalt einer Großstadt wie Berlin angemessen ist und von der man sich eher „breiten gesellschaftlichen Konsens“³ erhofft als von einem einfachen Leitbild.

Die ersten drei Elemente bezeichnen die *Richtung* im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung, zwei beziehen sich auf die besonderen *Ressourcen* Berlins, das sechste Element beschreibt den *Weg* der Umsetzung. Diese sechs Elemente werden der Reihe nach dargestellt: Berlin - wettbewerbsfähig aus eigener Kraft - offen und sozial gerecht - ökologisch attraktiv und verantwortungsvoll - Stadt des Wissens - Ost und West zugleich - zivilgesellschaftlich verfasst.

Zum Teil werden sie aus der Kritik an bestehenden Verhältnissen als Alternative entwickelt, zum Teil beschreiben sie die Fortsetzung und wünschenswerte Weiterentwicklung gegenwärtiger Zustände.

Die Wettbewerbsfähigkeit Berlins soll in der Umbruchssituation, in der sich die Wirtschaftsstruktur der Stadt und der Region befindet, vor allem durch die Ansiedlung von Unternehmen in innovativen technischen Bereichen erreicht werden. Jedoch auch „konventionelle Branchen“⁴ sollen regional im Hinblick auf Versorgung und Infrastruktur erhalten bleiben und verbessert werden. Im ersten Arbeitsmarkt muss das Angebot durch Verbesserungen im Bildungsbereich und bei Wachstumsmöglichkeiten für junge Unternehmen vergrößert werden. Für schwer zu vermittelnde Gruppen von Arbeitslosen müssen zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen werden. Allgemein soll durch eine „Qualifizierungsoffensive“ die Kompetenz der „Humankapitalbasis“⁵ der Stadt erhöht werden.

Eine offene und sozial gerechte Stadt ist Voraussetzung für die angestrebte Wettbewerbsfähigkeit, ist der Zuzug von jungen Menschen und die Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern doch ein notwendiger Faktor, um die interne demografische Entwicklung auszugleichen. Eine liberale Migrationspolitik unterstützt dieses Ziel ebenso wie eine kinder- und familienfreundliche Stadtpolitik, außergewöhnliche Ausbildungs- und Kulturangebote sowie Hilfen für Existenzgründungen. Dazu gehört auch Unterstützung unterschiedlicher

³Klausurtext, S. 1

⁴ a.a.O., S. 2

⁵ a.a.O., S. 2

Formen der Selbstverwirklichung von Frauen durch entsprechende Kinderbetreuungs- und Schulformangebote.

Das ökologische Leitbildelement bezieht sich auf bereits vorhandene Berliner Traditionen in der Umweltvorsorge, im ökologischen Stadtumbau, in der Umweltforschung und in Bezug auf Solartechnik.

Die Grundsätze der Verbesserung der Umweltqualität als positivem Standortfaktor, der nachhaltigen Nutzung innerstädtischer Ressourcen zur Kostensenkung und des Verursacherprinzips werden durch Vorschläge im Bereich des Verkehrswesens, des Bauens, des Stoff- und Energieverbrauchs sowie des Naturschutzes und der Stadtgestaltung konkretisiert. Vorsorgendes kreislauforientiertes Wirtschaften und Regionalisierung sind weitere grundlegende Orientierungen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ist darüber hinaus abhängig von der Nutzung wissenschaftlich-technischer sowie kultureller Innovationen. Diese Wissensgesellschaft braucht sowohl Breiten- als auch Eliteförderung. Um die in Berlin vorhandenen Wissenspotenziale zu nutzen und auszubauen, ist „kommunales Wissensmanagement“⁶ erforderlich, zu unterstützen durch kulturelle Institutionen, Medien und Hochschulen.

Die geografische Lage sowie die politische Vergangenheit macht Berlin zu der Stadt, die Ost und West zugleich repräsentiert, und sie ist daher als Motor für die Integration Osteuropas besonders geeignet. Stärker als bisher sollte die Stadt deshalb über Tourismus, Ost-West-Handel sowie wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Austausch diese Aufgabe wahrnehmen.

Eine zivilgesellschaftlich verfasste Stadt baut staatliche Zuständigkeiten zunehmend zugunsten gesellschaftlichen und privaten Engagements ab.

Die in beiden Teilen Berlins historisch gewachsene Dominanz staatlicher Verantwortlichkeit muss durch das Prinzip der Subsidiarität ersetzt werden. Selbstorganisiertes Handeln der Bürger und Deregulierung könnten auch die Annäherung von Ost und West in der Stadt auf zivilgesellschaftlichem Weg voranbringen.

⁶ a.a.O., S. 3

AB 21: Aufgabenstellung für die Projektarbeit

De 11 PROJEKTARBEIT (Facharbeit)

Gliederung:

1. Einleitung:

Vorhaben und geplantes Verfahren beschreiben (WAS? WIE?)

Begründung für die Wahl des Themas (WARUM?)

Hauptteil:

2. Grundsätzliches:

allgemeine / theoretische Darstellung des Themas (ggf. unter Verwendung von Literatur)

3. Beschreibung und Begründung des methodischen Vorgehens

4. Auswertung von Material und eigenen Untersuchungen

Schluss:

5. Stellungnahme / Bewertung

6. Literatur- und Quellenangaben

Umfang: pro Gruppenmitglied ca. 5 Seiten (ohne Material)

Termine:

	Abgabe bis zum
genaues Thema / Gruppenmitglieder	8.11.02
Inhaltsverzeichnis	26.11.02
Zwischenbericht in der Klasse	13.12.02
Abgabetermin	7.01.03
Präsentation in der Klasse	10.-17.1.03

AB 22: Tipps für die Projektarbeit

De 11 PROJEKTARBEIT

Hier noch einige Tipps:

- **ZIEL** formulieren: Was wollen wir herausfinden?
Wie wollen wir das herausfinden?
- Unbedingt **ZEITPLAN** erstellen: WER macht WAS bis WANN?
- **Nützliche Adressen** (für höfliche Anfragen!):
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Am Kölnischen Park 3
Tel. 9025-7424 (Stadterneuerung)
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Württembergische Straße 6
Tel. 9012-7588 (soziale Stadt), 9012-3220 (Quartiersmanagement)
Neukölln:
Bürgerbüro, Blaschkoallee 32 (Neukölln-Führer)

Quartiersmanagement

Reuterstraße: Tel. 62737952
Schillerpromenade: Tel. 6211602
Rollbergstraße: Tel. 68086110

AB 23: Bewertung Projektarbeit

	Inhaltsverzeichnis
	Einleitung:
	Motivation / Begründung für Themenwahl
	Zielsetzung / Erwartungen
	Beschreibung der Vorgehensweise / Verfahren
	Hauptteil:
	a) Grundsätzliches / theoretische Darstellung
	sachlich richtige Darstellung
	begriffliche Klarheit / Exaktheit
	angemessene Schwerpunktsetzung (Begründung)
	b) Auswertung
	<ul style="list-style-type: none"> • von Literatur:
	sinnvolle und begründete Auswahl (Relevanz für Gesamtthema)
	Verarbeitung (kritische Auswahl, Zusammenfassung statt Abschreiben oder Paraphrase bzw. statt Aufzählung von Zitaten)
	zusammenhängende Darstellung (In-Beziehung-Setzen der Teile)
	sinnvolles Zitieren
	richtige Quellenangaben
	<ul style="list-style-type: none"> • von eigenen Untersuchungen
	Interview
	Fragebogen
	Beobachtungen
	Fotos
	Videoaufnahmen
	Schlussfolgerungen / Bearbeiten der Ergebnisse
	c) Bezug theoretischer – praktischer Teil
	Schluss:
	Resümee / wertende Stellungnahme in Bezug auf Thema / Inhalte
	kritische, begründete Reflexion des Vorgehens („Manöverkritik“)
	Bewertung der (eigenen) Arbeit insgesamt
	Quellenverzeichnis
	Materialanhang
	Darstellung
	Aufbau / Gliederung
	Übersichtlichkeit
	Layout
	Illustration (Graphik, Statistik, Bildmaterial)
	Sprache
	angemessener eigener Ausdruck
	Satzbau (Grammatik)
	Rechtschreibung / Zeichensetzung
	Präsentation

AB 28: Internet-Literaturreise

Internet-Literaturreise

Lesezirkel sind fast so alt wie die Druckpresse selbst. Jeder kennt aus eigener Anschauung die grau oder braun eingebundenen Illustrierten, die beim Arzt die Wartezeit versüßen helfen. Durch den Rechner hat sich einiges geändert: Im Web geht nicht die Literatur, sondern der Leser selbst auf Reisen - per Mausclick. Der Webring Bla führt in neue Formen der Internet-Literatur ein, präsentiert Literatur-Spielereien, -Kunstwerke oder Gemeinschaftsprojekte. Auch Essays zur Literatur und zur neuen Medienkultur beherbergt der Webring.

Wer sich die Zeit nimmt, die mehr als 170 zum Ring gehörenden Sites zu besuchen, gewinnt einen Eindruck davon, wie vielseitig Internet-Literatur sein kann. Nur drei Beispiele: Im digitalen Labyrinth der Literatur klickt sich der Surfer durch einen Irrgarten mit Zitaten; Besucher des Faltnandes können Fortsetzungstexte schreiben oder bereits fertige Texte bewerten und Textopolis baut eine literarische Landkarte Deutschlands auf. (jo)

www.bla2.de

www.du.shuttle.de/autorenverlag/laby/

www.faltland.ch

www.textropolis.de/

Copyright © 2002 Verlag Heinz Heise, c't 15/2001